

EINWOHNERRAT**Protokoll**

der 3. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 14. Oktober 2020
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann (entschuldigt)
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch,
Mehmet Can, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Nico
Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Cetin Keles, Ueli Keller,
Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone
Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne
Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia
Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Pascale Uccella, Rita Urscheler,
Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques
Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Roman Hintermeister, Miriam Schaub, Christian Stocker Arnet

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25
19.40 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat der Sekundarschule**, anstelle der zurückgetretenen Sandra Lampart, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.7.2024)
Wahlvorschlag: Sonia Correani Geiger Geschäft 4527
2. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 24.7.2020, betreffend **Quartierplanung «Idorsia»**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4514 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 18.8.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend **Quartierplanung ALBA**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4525 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 24.6.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.1.2019, betreffend **Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4435 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.2.2019, betreffend **Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4443 / A
6. Zwischenbericht des Gemeinderates, vom 19.8.2020, betreffend **Motion Überarbeitung Abfallbewirtschaftungsreglement**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4467A
7. Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion, vom 5.6.2019, betreffend **PV-Anlage auf dem Dach des Gemeindezentrums in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4469 / A
8. Interpellation von Etienne Winter und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 2.12.2019 betreffend **PV-Anlagen auf Gemeindeligenschaften**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4498 / A
9. Interpellation von Ueli Keller, Grüne, vom 3.2.2020, betreffend **Funkantennen – insbesondere 5G**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4508 / A
10. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **Reinigungspersonal in den Allschwiler Gebäuden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4509 / A
11. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.2.2020, betreffend **Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4510
12. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend **Denkmalschutz Schulhaus Gartenstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4522

13. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend
Denkmalschutz Portierhaus im Gewerbequartier Ziegelei
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4523
14. Postulat von Kathrin Gürtler, FDP, vom 9.6.2020, betreffend
Lärmsanierung Baslerstrasse
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4521
15. Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat
von der CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend
Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411 / A
16. Postulat von Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 09.06.2020,
betreffend **Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4520

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rüeggsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 14. Oktober 2020

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Christian Kellermann, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Kollegen des Gemeinderates. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 14. Oktober 2020. Wir sind heute alle sehr gespannt auf die Audio- und Mikrofonanlage im Saal und hoffen, dass wir

diesmal ohne technische Probleme diese Sitzung bewältigen können. So wie ich informiert wurde, hat man die komplette Anlage genauestens untersucht und getestet. Weiter haben wir auch Herrn Lutz als Spezialisten von der Firma Kilchenmann unter uns. Er ist mit der Anlage bestens vertraut und kann auch gleich eingreifen, falls es wieder zu Funkstörungen kommen sollte.

Dann starten wir und ich komme zu den Absenzen. Entschuldigt sind heute Roman Hintermeister, Miriam Schaub. Weitere Entschuldigungen oder Verspätungen liegen nicht vor. Herr Ruedi Spinnler führt durch die Präsenz.

Wir kommen zu den Mitteilungen des Büros. Nach wie vor bleiben die Kommissionssprecher an ihren Plätzen, kommen nicht nach vorne. Weiterhin gelten auch die Hygienemassnahmen und Abstandsregeln. Insbesondere jetzt, da die Fallzahlen sehr stark steigen. Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, haltet Abstand, auch in der anschliessenden Pause! Bitte geht gestaffelt hinaus und wie gesagt, haltet Abstand. Es liegen auch Mundschütze auf dem Tisch, bei Darf kann man diese anziehen.

Wir kommen zu den dringlichen Interpellationen. Es wurde eine dringliche Motion von der CVP, FDP, SP und SVP mit dem Titel „Nachanalyse Lindenplatz-Abstimmung“ abgegeben. Für diese dringliche Motion benötigt es eine 2/3-Mehrheit. Wem von den Unterzeichnenden darf ich das Wort zum Votum der Dringlichkeit erteilen?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Besten Dank. Es ist eigentlich wie angeschlagen. Eine solche Massnahme macht eigentlich nur Sinn, wenn man sie auch zeitnah dem Gemeinderat in Auftrag geben kann. Ich bitte alle, dazu doch ja zu sagen, um die Diskussion führen zu dürfen und nicht die Diskussion zu verweigern. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wir haben 37 Anwesende. Damit sie angenommen wird, braucht es 25 Ja-Stimmen. Entschuldigung - Herr Spinnler hat mich eben darauf aufmerksam gemacht, dass man es vielleicht, weil es so kurzfristig abgegeben wurde und anscheinend noch nicht an alle verschickt wurde, kurz auflegt. Ich lese den Antrag schnell vor:

„Nach § 43 Abs. c des Geschäftsreglements beauftragt der Einwohnerrat den Gemeinderat innerhalb der gemeinderätlichen Budgetkompetenz, eine repräsentative Nachabstimmungsanalyse zur Lindenplatz-Abstimmung vom 27. September 2020 vorzuweisen, bei einem spezialisierten Forschungs- und Meinungsinstitut z.B. Sotomo in Auftrag zu geben. Begründung: Mittels einer fundierten Nachanalyse der Lindenplatz-Abstimmung sollen die Beweggründe und deren Bedeutung zum Abstimmungsentscheid erhoben und analysiert werden. Diese Erkenntnisse sollen der Einwohnergemeinde für zukünftige Entscheide dienen. Der Antrag zur Dringlichkeit wird dadurch beansprucht, dass eine Nachanalyse einer Abstimmungsvorlage zeitig erfolgen sollte.“

Ich lege es jetzt auch noch auf, damit man es in Ruhe anschauen kann. - War das, was ich vorgelesen habe, für alle verständlich? Könnte man jetzt bereits zur Abstimmung kommen? Also in Rücksprache mit dem Vizepräsidenten kommen wir jetzt zur Abstimmung, es sollte soweit alles klar sein. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, soll dies mit Kartenerheben bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben der Dringlichkeit mit 32 Ja, 4 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt. Damit wird dieses Geschäft überwiesen und nach der Pause durch den Gemeinderat behandelt.

Weitere Interpellationen oder dringliche Postulate sind nicht eingegangen. Übrige, eingegangene Vorstösse sind die folgenden:

Einwohnerratsgeschäft 4530, Motion von Florian Spiegel, SVP, vom 10. September 2020, betreffend Gemeindebibliothek. Ich frage den Motionär an, ob er zu seinem Geschäft etwas berichten möchte. Das ist nicht der Fall.

Einwohnerratsgeschäft 4533, Postulat betreffend Badeseer Allschwil vom 25. September 2020, eingereicht von Basil Wagner, SP-Fraktion. Ich frage auch hier den Postulanten an, ob er etwas dazu erläutern möchte. Dies ist auch nicht der Fall.

Es wurde eine Interpellation von der SP eingereicht „Aufwendungen der Gemeinde Allschwil im Zusammenhang der Lösungsfindung zur Umsetzung der Lärmschutzverordnung“. Auch hier frage ich, ob das Wort gewünscht wird. Auch hier ist das nicht der Fall.

Zum Schluss noch das Einwohnerratsgeschäft 4534, „Einwohnerratssitzung in der Legislatur 20/21 Videostreaming via Internet“, dieses wurde von der CVP, von mir selbst eingereicht und ersetzt das Geschäft 4526, das vom Einwohnerratsbüro zurückgezogen wird. Es gibt auch hier keine weiteren Erläuterungen.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Gibt es Änderungsanträge?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es betrifft die Traktandenliste im weiteren Sinn, nämlich die Pause, welche zuvor schon angesprochen wurde. Wir sitzen hier nun alle brav mit 1,5 m Abstand, haben extra die Sitzordnung angepasst. Nachher gehen wir in die Pause und unterhalten uns ohne Schutzmassnahmen bei Sandwich und Orangensaft. Es wissen alle, dass man die 1,5 m Abstand nicht einhalten kann, denn man müsste einander anschreien, dies ergibt einen bestimmten Lärmpegel. Auch die Vertraulichkeit der Gespräche ist nicht gegeben, wenn man das macht. Also, es hält sich niemand daran, kann sich auch nicht daranhalten. Insofern ist dieser Aufruf ein wenig eine leere Phrase. Wenn irgendjemand von uns hier positiv getestet werden würde, hiesse das, dass die ganze Allschwiler Politik in Quarantäne geht. Oder alternativ müsste das Contact-Tracing, das bereits genügend zu tun hat, bei 50 Personen abzuklären, mit wem sie in der Pause tatsächlich Kontakt hatten. Ich glaube, wir als Politiker sollten in der aktuellen Lage mit gutem Vorbild vorab gehen. Ich stelle daher den Antrag, dass wir zwar eine Pause machen, denn es ist wichtig, dass man sich austauschen kann, aber wir dann alle diese Masken tragen, die hier aufgelegt wurden, und dass man die Verpflegung in der Pause holen kann aber jeder konsumiert sie am Platz, von mir aus auch nachher während der weiteren Sitzung. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Wer diesem Antrag von Matthias Häuptli zustimmen möchte, dass wir mit Maske rausgehen, das Sandwich holen, dann aber die Pause etwas verkürzen und dementsprechend auch rechtzeitig zum Platz zurückkommen, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Der Antrag ist mit 31 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen. Wir werden also auf diese Weise Pause machen. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Gibt es weitere Änderungswünsche? Das scheint nicht der Fall zu sein, damit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form mit der Änderung der Pause genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule, anstelle der zurückgetretenen Sandra Lampart, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.7.2024)
Wahlvorschlag: Sonia Correani Geiger, Geschäft 4527

Christian Kellermann, Präsident: Der Lebenslauf von Sonia Correani Geiger wurde beigelegt. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominationen gibt. Ist stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall, somit ist Sonia Correani Geiger in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 13.5.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 24.7.2020, betreffend Quartierplanung «Idorsia», 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4514 / A

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur 2. Lesung dieses Quartierplanreglements und des Quartierplans Idorsia. Bei der 2. Lesung werden über die an der 1. Lesung abgegebenen Anträge der

KBU wie auch der Grünen Partei abgestimmt. Zwischenzeitlich wurden aber von der SVP neue Vorstösse eingereicht. Ich schlage vor, dass wir in dieser 2. Lesung bei den entsprechenden Paragraphen die neuen Vorstösse erläutert erhalten und anschliessend den bereits bekannten Textänderungen gegenüberstellen. Gibt es sonstige, neue Aspekte, die besprochen werden sollten?

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Für den Gemeinderat gibt es nicht wahnsinnig Neues zu diesem ganzen Geschäft zu berichten. Ich möchte nur zu Händen der KBU sagen, es war also nicht irgendeine Unhöflichkeit unsererseits, dass wir auf eure Mail vom 30. September nicht reagiert hatten, sondern es war schlicht und ergreifend eine Ferienabwesenheit. Der Gemeinderat konnte erst heute Nachmittag über diese Anträge der KBU, über die Stellungnahme zu diesen Anträgen und über die Stellungnahme zu den Anträgen der EVP/GLP/Grüne-Fraktion Stellung nehmen. Zu den Anträgen der EVP/GLP/Grüne-Fraktion werde ich jeweils bei den einzelnen Paragraphen Stellung nehmen. Bei der KBU kann ich so viel sagen, dass der Gemeinderat auf diese Anträge insofern eingetreten ist. Wir können durchaus unterstützen, was die KBU zu diesem Geschäft vorgeschlagen bzw. beantragt hat. Lassen Sie mich vielleicht noch einmal zwei, drei grundsätzliche Dinge ansprechen. Zum Einen ist es für den Gemeinderat schon noch ein wichtiger QP, und es ist ein wichtiges Zeichen, das die Allschwiler Politik heute Abend setzen kann, gegenüber einem Investor, einer Firma, die doch in Zukunft eine sehr wichtige Funktion wahrnimmt, in diesem Cluster, dem linksufrigen Bachgrabengebiet, einem Arbeitsplatzgebiet von kantonaler, schon beinahe nationaler aber ganz bestimmt kantonaler Bedeutung. Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass wir heute Abend zu einer tragfähigen Lösung kommen, die diesen Investor nicht vergrämt, sondern eine Lösung darstellt, die für alle tragbar ist. Zum Zweiten möchte ich noch einmal kurz darauf hinweisen, gleich zu Beginn. Wir haben heute Abend zwei Geschäfte, in denen es darum geht, Hochhäuser oder hohe Häuser je nach dem, bewilligen zu müssen. Die Überbauhöhe von je 20 m ist in diesem Quartierplan am Ecken Hagmattstrasse / Gewerbestrasse und wird beim 2. Geschäft heute Abend bei Alba der Hegenheimerweg / Lachenstrasse sein. Sie werden sich nun fragen, weshalb denn ausgerechnet diese zwei Orte. Ich habe Ihnen letztes Mal kurz mündlich gesagt, worum es eigentlich geht. Ich möchte dies vielleicht noch einmal in Erinnerung rufen, weshalb an diesen Orten es vom Gemeinderat und von den Fachleuten als die richtigen Orte für höhere Bauten eruiert wurde. Der Gemeinderat, der Bauausschuss hatte sich auch unter kundiger Führung der Firma Metron Planer bereits im Jahr 2018 getroffen und generell über höhere Häuser oder höhere Bauten im linksufrigen Bachgrabengebiet nachgedacht. In einem halbtägigen Workshop erarbeitete man mit der Metron, welche Kriterien denn beachtet werden sollten, um überhaupt über höhere Bauten in diesem Gebiet bestimmen und darüber nachdenken zu können. Auf der Skizze, welche Sie auf Seite 13 des Planungs- und Begleitberichts finden, stehen die möglichen Hochbauten. Das sind die stärker rosarot markierten Orte. Diese sind nun eben genau diese Orte, von welchen wir heute zwei genauer anschauen werden. Also, das ist nicht irgendwie ein Zufallsentscheid oder eine Laune oder so, sondern man hat sich wirklich vertieft Gedanken darüber gemacht, wie und wo man höhere Häuser bauen lassen könnte. Es ist nicht ganz einfach, vor allem mit der Verkehrssituation. Das haben Sie auch bemerkt, es gibt dazu Anträge, die wir teilweise bereits heute Abend diskutieren und beschliessen werden. Es gibt aber wahrscheinlich auch Anträge der KBU zum Alba, die wir dann in letzter Instanz an der nächsten Sitzung beschliessen werden. Der Verkehr an diesem Ort ist auch der grosse Knackpunkt. Sie kennen die Situation, es gibt nur einen Abfluss oben und unten. Sie konnten ebenso den Medien entnehmen, dass der Kanton gedenkt, mit dem Zubringer Bachgraben erst im Jahr 2027 und nicht 2024 zu beginnen. Der Gemeinderat hat insistiert. Ob das Erfolg haben wird, wird sich erst noch zeigen. Aber man muss damit rechnen, dass sicher in dieser Legislatur kein Zubringer Bachgraben zur Verfügung stehen und auch noch kein Tram über den Hegenheimerweg fahren wird, so wie es auch schon angedacht und vorgespurt ist. Wir werden eine angespannte Verkehrssituation vorfinden und schlussendlich, wenn man mehr als 10 % von diesen hier möglichen Gebäuden baut, bekommen wir den Verkehr überhaupt nicht mehr weg. Diese zwei Bemerkungen wollte ich gleich zu Beginn dieser Situation anbringen. Ich werde mich noch einmal melden, wenn es dann um die einzelnen Anträge geht. Ansonsten hält der Gemeinderat, mit Ausnahme von den beiden Anträgen der KBU, an seinen Anträgen fest und bittet Sie, diesem Geschäft heute Abend zuzustimmen und den Quartierplan zu bewilligen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe auch noch eine grundsätzliche Anmerkung, bevor es um die Detailberatung geht. Bei den Vorlagen, in denen es um das Bachgrabengebiet geht, steckt unsere Fraktion EVP/GLP/Grüne grundsätzlich in einem Dilemma. Einerseits unterstützen wir sehr, wenn es jetzt dann um die Detailberatung dieser Anträge zum Quartierplan Idorsia geht, dass es bestmögliche Voraussetzungen in jeder Hinsicht und für alle Beteiligten gibt. Andererseits scheint uns diese Detailberatung angesichts der vielen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklung im Bachgrabengebiet eigentlich wirklich real auftürmen, und damit auch der Probleme, die sich der Gemeinde unabdingbar stellen werden - beispielsweise bezüglich Verkehr, wie Gemeinderat Christoph Morat es bereits sagte - nun ehrlich gesagt nichts anderes als Kosmetik. Sie ist wichtig, aber sie ist Kosmetik. Grundsätzlich finden wir es überhaupt nicht gut, wenn

nun im Bachgrabengebiet es so weiterlaufen gelassen würde, wie es aus unserer Sicht laufen gelassen wurde. Die Fraktion EVP/GLP/Grüne wird sich nach besten Kräften dafür einsetzen, dass der durch diesen Zonenplan insgesamt fragwürdig abgesteckte Rahmen für die Quartierplanungen genutzt werden kann, dort wo für die Gemeinde damit verbundene Überforderungen maximal in Grenzen gehalten werden können. Danke für die Aufmerksamkeit.

Christian Kellermann, Präsident: Wenn keine weiteren Wortbegehren vorhanden sind, kommen wir zur 2. Lesung. Die 2. Vizepräsidentin, Simone Meier, führt nun paragraphenweise durch das Geschäft 4514/A, Quartierplanreglement.

Erlass Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Art und Mass der baulichen Nutzung Seite 2

Keine Wortmeldungen, aber es gibt einen Antrag.

Christian Kellermann, Präsident: Der Antrag ist von den Grünen, er wurde schon letztes Mal gestellt. Wie gesagt, stellen wir ihn nun gegenüber. Es wäre schön, man könnte ihn auflegen. Ich lese ihn nun wieder einfach vor. Übersichtlich ist das Blatt, das von der KBU abgegeben wurde. Das würde euch helfen. Es ist ein Excel-Blatt, das ihr vor euch hinlegen könnt. Damit habt ihr es auch etwas übersichtlicher.

Der Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion lautet zu § 2: „Für das Quartierplanareal sind folgende Ziele einzuhalten: a) effiziente Energienutzung, b) nachhaltige Energieversorgung. Mindestens 80 % des Wärmeenergiebedarfs (Heizung und Warmwasser) ist durch erneuerbare, CO₂-neutrale Energieträger zu erbringen, anzustreben sind 100 %.“

Die Änderung gegenüber der Vorlage des ursprünglichen Quartierplans ist einfach, dass man den Wortlaut ändert. Man will mindestens 80 % des Wärmeenergiebedarfs verlangen oder ausbedingen, anzustreben sind 100 %. Wir stellen die Anträge nun einander gegenüber. Wer dem Antrag Grün zustimmen möchte, soll dies mit Erheben der Karte zeigen. In einem zweiten Schritt dann... Bevor wir zur Abstimmung kommen, gebe ich Gemeinderat Christoph Morat noch das Wort.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir können an dieser Stelle noch etwas Wortklauberei betreiben. Der Gemeinderat und die Verwaltung schlagen Ihnen vor, die bisherigen Formulierungen, so wie sie im Quartierplanreglement stehen, zu belassen. Begründet wird es damit, dass man eigentlich die 100 %, die es anzustreben gilt, vorwegnimmt. Ich denke, das macht auch etwas psychologisch aus, wenn man schreibt „anzustreben sind 100 %“ und dies gleich vorab stellt, und diese Einschränkung erst hintenan, die gar nicht anders möglich ist, denn 100 % mit den heutigen Mitteln und Methoden zu erreichen ist sehr, sehr, sehr schwierig. Daher schlägt Ihnen der Gemeinderat vor, dass man die bisherige Formulierung stehen lässt, so dass auch weitere Quartierpläne in Zukunft genau gleich gehandhabt werden und genau gleich formuliert werden. Nämlich dass man zuerst die 100 % nennt und anschliessend erst auf diese Einschränkungen von 20 % eingeht. D.h. dass man erst dann die zwingenden 80 % in einem zweiten Satz nennt. Ist auch aus meiner persönlichen Sicht eher eine positive Formulierung, wenn man zuerst diese 100 % nennt. Grundsätzlich wollen beide Anträge dasselbe. Zwingend sind 80 %, anzustreben sind 100 %. Aber ich glaube, wir sind uns da näher einig, als der Antrag vermuten lässt.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Zuschauer und Presse. Ich rede nicht so lang wie Christoph Morat zu dieser Wortklauberei. Die Kommission hat dies ebenfalls eingehend beraten und ist einstimmig der Meinung, dass dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion gefolgt werden sollte.

Christian Kellermann, Präsident: Wer diesem Antrag der Grünen, der auch von der Kommission Bau und Umwelt getragen wird, zustimmen will, soll dies mit Karte bezeugen. Gegenstimmen sind dann für den ursprünglichen Text des Quartierplans.

://:

Der Antrag der Grünen wird mit 34 Ja und 3 Enthaltungen angenommen.

§ 3 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten Seite 3

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Hier hat die KBU den Antrag gestellt, dass man die Breite dieser Verbindungsbauten besser definieren sollte und den Wortlaut: „Die Verbindungstrakte dürfen ausschliesslich als interne Verkehrsfläche genutzt werden, und die Breite der Trakte ist entsprechend diesen begrenzt.“ in den Quartierplan übernimmt. Damit nicht die Fläche, die im Quartierplan dargestellt ist, als ganze Verbindungsbreite genutzt werden kann. Auch dies hat die Kommission einstimmig angenommen.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich möchte bereits auf die Dachform zu sprechen kommen, die auch in § 3 drin steht.

Christian Kellermann, Präsident: Moment, wir stimmen erst über den ersten Antrag ab. Dachform kommt als nächstes.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie ich zu Beginn erwähnt habe, der Gemeinderat kann auch hier der KBU tatsächlich folgen und es ist für uns so okay.

Christian Kellermann, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der KBU, der auch vom Gemeinderat unterstützt wird, ab. Ich lese diesen Antrag vor, d.h. die Ergänzung zu § 3. Es ist keine Textänderung, sondern nur eine Ergänzung:

„Die Verbindungstrakte dürfen ausschliesslich als interne Verkehrsfläche genutzt werden, und die Breite der Trakte ist entsprechend diesen begrenzt.“

://:

Der Antrag wird einstimmig bei 1 Enthaltung angenommen.

Nun also zum selben Paragraphen, zur Dachform.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Ich übergebe gerne zuerst das Wort an Andreas zum ersten Antrag.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Die KBU unterhielt sich noch einmal vertieft über diesen Antrag und ist nach wie vor der Meinung, dass man im linksufrigen Bachgrabengebiet daran festhalten möchte, und dies, wie ihr das ja sicher schon feststellen konntet, auch bei weiteren Quartierplänen tun wird, dass die Dachform grundsätzlich als Flachdach gewählt werden soll. Das heisst nicht, dass auf diesem Areal oder diesem Gebiet gar keine Flachdächer mehr gebaut werden können. Indem wir „grundsätzlich“ schreiben, heisst das, dass bei Ausnahmen, die gut begründet sind, für die Dachform als Flachdach abgewichen werden kann. Deshalb sind wir in der Kommission der Meinung, dass in diesem Quartierplan durch die Formulierung ganz klar die Haltung, dass wir dort Flachdächer wollen, abgebildet wird. Wenn aber wichtige oder gute Gründe in einem Projekt vorliegen, dann aber von dieser Haltung abgewichen werden kann. Der Gemeinderat könnte dann in so einem Fall die Ausnahme im Rahmen des Bewilligungsverfahrens bewilligen. Die Kommission empfiehlt Ihnen den Antrag zur Annahme.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Die SP-Fraktion hat dazu einen Sachantrag eingegeben. Wir wünschen, dass der Antrag der Kommission mit dem Satz

„Eine Dachbegrünung wird vorausgesetzt.“

ergänzt wird. Dies vor dem Hintergrund, dass wenn vom Grundsätzlichen abgewichen und eben kein Flachdach gebaut würde, es dann nicht zwingend wäre, das Dach zu begrünen. Wir möchten darauf bestehen, dass auch in diesem Fall das Dach begrünt sein müsste. Auch wenn vom Flachdach abgewichen wird, ist eine Begrünung trotzdem zwingend.

Christian Kellermann, Präsident: Wir stellen zuerst den KBU-Antrag demjenigen des Quartierplans gegenüber und in einem zweiten Schritt jenen der SP. Entschuldigung, noch einmal ein Votum oder das Wort von Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wie ich auch zu Beginn erwähnte, kann der Gemeinderat sich hinter den Antrag der KBU stellen. Es ist tatsächlich so, dass man mit dieser Formulierung grundsätzlich einen allfälligen Spielraum erarbeitet. Mit diesem kann ein allfälliger Ausnahmeantrag durch den Gemeinderat zum Beispiel bei einer Beratung mit dem Bauausschuss beurteilt werden und er kann ihn dann auch so genehmigen. In diesem Sinne steht der Gemeinderat dazu, dass der Antrag der KBU so ins Reglement übernommen wird.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte Ihnen den Antrag der SP zur Ablehnung empfehlen. Beim Antrag der KBU geht es darum, das Prinzip Flachdach als Gestaltungsmerkmal dieses linksufrigen Bachgrabengebiet statuiert, aber im Sinn eines Grundsatzes, da sind Ausnahmen möglich, nicht nur irgendwie technischer Natur, sondern das können auch architektonische Gesichtspunkte sein. Wenn man nun aber sagt, es muss immer begrünt werden, schränkt man den Spielraum natürlich schon stark ein. Wir haben sowieso schon die Vorschrift, dass eine Begrünung in bestimmtem Umfang stattfinden muss, welche teilweise durch Dachbegrünung erfüllt werden kann. Es wird nicht passieren, dass eine Ausnahme dermassen extensiv bewilligt wird, dass rein gar nicht mehr auf dem Dach begrünt wird. Wenn man nun aber sagt, auch die Ausnahmen müssen begrünt werden, schränkt man damit den Gestaltungsspielraum schon sehr stark ein. Danke schön.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Schaut man ins Reglement, steht dort heute: „Die Dachform der Hauptbauten ist frei. Für An- und Nebenbauten gilt grundsätzlich das Flachdach.“. Das möchten wir ja ändern. Aber nach diesem Absatz steht: „Alle Flachdächer sind, wo nicht begehbar ausgestaltet, extensiv zu begrünen.“. Rein mal vom Reglement her frage ich mich dann, wie es daherkommt, wenn man schreibt, wie die SP-Fraktion es will, „Für die Dachform der Haupt-, An- und Nebenbauten gilt grundsätzlich das Flachdach. Eine Dachbegrünung wird vorausgesetzt.“ Anschliessend steht: „Alle Flachdächer sind, wo nicht begehbar ausgestaltet, extensiv zu begrünen.“. Das geht meiner Meinung nach schon rein vom Formalen her nicht. Ich kann mich der Meinung meines Vorredners durchaus anschliessen. Wir haben diesen Vorstoss, der kam erst am Montag rein, in der Kommission nicht mehr behandelt. Deshalb rede ich jetzt in der FDP, weil er in die FDP-Fraktion gleich noch am Schluss eingetrudelt ist. Wir haben uns in der Fraktion eigentlich klar gegen diesen Antrag ausgesprochen, weil wir der Meinung sind, das Reglement ist klar genug und lässt, so wie es Matthias Häuptli auch sagte, einen gewissen Handlungsspielraum offen, den wir auch offen lassen wollen und den nachfolgenden Gremien überlassen sollte. Deshalb empfehlen wir von der FDP-Fraktion, den Antrag der SP abzulehnen.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag der KBU wäre - ich lese ihn noch einmal vor:

„Für die Dachform der Haupt-, An- und Nebenbauten gilt grundsätzlich das Flachdach.“ Wer diesem Antrag, der auch vom Gemeinderat unterstützt wird, zustimmt, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Dieser Antrag wird mit 34 Ja und 3 Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zur Gegenüberstellung des jetzt angenommenen Antrags zu § 3 Abs. 5 zum neu Eingereichten der SP mit dem zusätzlichen Satz, ich lese ihn noch schnell vor:

„Eine Dachbegrünung wird vorausgesetzt.“ Wer zustimmen will, dass dieser noch hinzukommt, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Antrag mit 24 Nein, 9 Ja und 5 Enthaltungen abgelehnt.

§ 4 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraums Seite 4

Keine Wortmeldung, aber es gibt einen Antrag.

Christian Kellermann, Präsident: Das wäre der Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Möchte Herr Amstutz das kurz erläutern?

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, Sorry, ich habe es verpasst. Eigentlich haben wir den schon das letzte Mal gestellt und so. Also ich hätte dazu nichts zu sagen. Vor allem die KBU geht auch in diese Richtung, an die ich mich auch anschliessen würde. Die finde ich gut. Das wär's.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Gemeinderat bittet Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Und zwar aus folgenden Gründen: Diese Formulierungsänderungen „sind zu verwenden“ oder „muss erfolgen“ sind beides gleich zwingend und hat so keinen Einfluss auf die Handhabung im Prüfungsverfahren von z.B. einem Baugesuch. Aus Sicht des Gemeinderats ist diese Forderung nach einer artenreichen Bepflanzung nicht unbedingt zielführend. Artenreich können z.B. auch fünf verschiedene Geraniensorten oder fünf verschiedene Efeusorten heissen. Das ist auch artenreich. Was vielleicht damit gemeint ist, ist die Förderung der Biodiversität und dafür schlägt Ihnen der Gemeinderat lieber vor, dass man die Förderung der Biodiversität in diesen Artikel schreiben würde. Das wäre aus unserer Sicht die zielführendere Forderung, die man an den Quartierplaner stellen kann. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem Antrag nicht stattzugeben, sondern dass Sie vielleicht eher das Wort „artenreich“ über „Förderung der Biodiversität“ ersetzen. Das bringt unserer Meinung nach mehr.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung oder ist noch eine kurzfristige Änderung des Antrags gewünscht?

René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Also ich stehe zu artenreich, denn Biodiversität ist ein Begriff, der viel komplexer ist und der so viel bedeutet, dass man nicht genau weiss, was damit gemeint ist. Weil da sind nicht nur Arten, die integriert sind, sondern noch andere Begriffe, die über artenreich hinausgehen. Artenreich ist nun spezifisch hier die Vielfalt der verschiedenen Arten. Das ist es, was angedacht ist.

Christian Kellermann, Präsident: Gut, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Grünen-Fraktion, der auch von der KBU getragen wird, zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Es ist anscheinend noch nicht klar, worüber wir abstimmen. Ich lese diesen Antrag noch einmal vor:
„Die Nutzung, Gestaltung und Bepflanzung des Aussenraumes wird wo nötig durch den Quartierplan bestimmt. Die Umgebungsgestaltung hat ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Die Bepflanzung - jetzt kommt die Änderung - muss artenreich und mit einheimischen und standortgerechten Arten erfolgen. Anpflanzungen mit Arten, die zu den invasiven Neophyten gezählt werden, sind nicht zulässig.“

://:

Sie haben diesem Antrag mit 32 Ja und 5 Enthaltungen zugestimmt.

§ 5 Erschliessung und Parkierung Seite 6

Keine Wortmeldungen, aber auch hier gibt es einen Antrag der Grünen.

Christian Kellermann, Präsident: Es liegen uns mehrere Anträge unter § 5 vor. Wir gehen schrittweise durch. Beim ersten Antrag geht es um die MIV-Anteile am Modalsplit. Ich lese vor:
„Die Umsetzung der Massnahmen gemäss dem verbindlichen Mobilitätskonzept ist auf Stufe Baugesuch nachzuweisen.“ Neu käme hinzu: „Der MIV-Anteil am Modalsplit muss von derzeit 65 % linear und dauerhaft auf maximal 43 % im Jahr 2030 gesenkt werden.“

Zu diesem Vorstoss gibt es noch einen weiteren von der SVP. Dieser verlangt folgenden Zusatz:

„Die Umsetzung der Massnahmen gemäss dem verbindlichen Mobilitätskonzept ist auf Stufe Baugesuch nachzuweisen. Der MIV-Anteil am Modalsplit darf maximal 30 % betragen.“

Ich möchte dazu die Diskussion eröffnen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Also wir diskutieren hier eigentlich über zwei Quartierpläne, teils von kantonaler Bedeutung, wie es Herr Morat schon sagte, sogar von nationaler Bedeutung. Auf dem Baselink-Areal entsteht ein neuer Campus von internationaler und innovativer Firmen. Allschwil ist somit weltweit fast in aller Munde. Aber was bedeutet dies für Allschwil? Was bedeutet dies für die Allschwiler Bevölkerung und was bedeutet das für uns, die wir hier wohnen? Das sind Fragen, die wir uns eigentlich stellen müssen. Die Antwort dazu, habt ihr ja in der Begründung meines Antrags gesehen, ist eigentlich ganz einfach. Wir sitzen schlussendlich auf den Kosten, wir sitzen schlussendlich auf dem Verkehr. Die einzelnen Mobilitätskonzepte beleuchten lediglich die eine Firma, auf einem kleinen Teil eines gesamten Areals. Wir werden mit Reduktionsfaktoren geblendet, mit Umkleideräumen, mit Duschen, Carsharing, Pick-e-bike. Wir werden geblendet von Bussen im 6-Minuten-Takt. Es lässt bewusst oder unbewusst einfach das Gesamtbild des gesamten Areals weg. Dieses Gesamtbild, dieser Blick von oben dürfen wir nicht verlieren. Fakt ist, 10'000 Arbeitsplätze. Fakt ist, wir haben dort nicht nur Angestellte, die kommen und gehen, wir haben Gäste, Besucher, wir haben

den öV, wir haben Velofahrer, welche übrigens immer den Hegenheimermattweg überqueren müssen. Wir haben Fahrzeuge für die Versorgung, Lastwagen für Lieferungen, Handwerker für Reparaturen. Und nicht zu vergessen, wir haben auch Durchgangsverkehr und wir haben Hobbyverkehr. Von mir aus gesehen ist der Hobbyverkehr alle, die im Bachgrabengebiet tagtäglich Sport betreiben. Und alle treffen sich auf derselben Strasse, auf einer Strasse mit zwei vermeintlichen Ausgängen. Auf der einen Seite geht es Richtung Stadt über den Kreisel Luzernerring Richtung Nordtangente. Zu Stosszeiten stehen sie auf der Südseite teilweise bis zum Morgartenring. Die Autobahneinfahrt der Nordtangente wird immer wieder gesperrt, d.h. es dürfen keine Autos mehr hinein, dies rein wegen Verkehrsüberlastung. Genau dort soll der Zubringer Allschwil hineinfahren. Der Zubringer, der in den nächsten zehn Jahren sicher nicht fertig sein wird. Also steigen wir halt auf den öV um. Hoppla, diese Busse müssen ja genau durch dieses Chaos durch, und der Retter, das Tram, wird in den nächsten 20 Jahren, vor 2040 sicher nicht dort durchfahren. Das Mobilitätskonzept verspricht uns eine weitere Lösung. Das ist der Kreisel Grabenring/Hegenheimermattweg. Der geplante 24m-Kreisell soll die Leistungsfähigkeit für den MIV und den öV steigern. Wir stehen teilweise schon heute im Grabenring, bis teilweise in die Bettenstrasse auf der einen Seite und auf der anderen Seite in die Binneringerstrasse hinein. Da muss ich mir doch die Frage stellen, wofür die Leistungsfähigkeit steigern. Wozu? Damit wir noch mehr Verkehr in Allschwil haben? Ein grosser Teil dieses gesamten Verkehrs wird sich gezwungenermassen über Allschwil abwickeln. Die Route de Bâle wird auch nach dem Ausbau masslos überlastet sein. Denn auch die verläuft in den Zubringer Allschwil hinein. Das heisst auch hier: hoppla, quer durch Allschwil. Das dürfen wir für uns, alle Allschwilerinnen und Allschwiler, nicht zulassen. Wir haben für die nächsten 20 Jahre keine Lösung für diese Verkehrsüberlastung. Man kann es drehen und wenden schlussendlich, wie man will, es gibt nur eine Lösung dafür, und das ist: weniger Autos. Dies erreichen wir nur mit einem sehr tiefen MIV-Anteil am Modalsplit. Unser Vorschlag liegt bei 30 %. 30 % weil unsere KBU dies auch für ALBA so erwähnt hat. Das soll ja nicht nur für den Quartierplan Idorsia und Alba gelten, sondern das soll wegweisend für das ganze Areal sein. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Eine kurze Rückfrage. Habe ich das richtig verstanden, diese 30 % unterstützt auch die KBU? So hast du es vorhin gerade gesagt? Oder dann habe ich es falsch verstanden? Okay.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich muss das glaube ich nicht erklären.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Als öV-Mitarbeiterin freut mich das natürlich, wenn man einen Modalsplit auf 30 % herabsetzen möchte. Aber bleiben wir doch realistisch. Das bekommen wir nicht hin und gehört doch auch nicht in dieser Tiefe, nämlich mit 30 %, in einen solchen Quartierplan. 43 % scheint mir realistisch zu sein, 30 % ist einfach zu tief. Dann noch das Ganze mit Bussen zu regulieren ist, so denken wir, keine gute Sache. Das reguliert sich von allein. Das reguliert sich auch, wenn dann ein wirklich gutes öV-Angebot vorhanden ist, wenn die Zubringer wirken, gibt es noch ganz andere Kriterien und Massnahmen, wie man das regulieren kann. Ich denke da z.B. auch an ein Job-Abo des TNW, ich denke da an eine Subventionierung der Firmen für GA. Das alles existiert und glauben Sie mir, die öV-Leute stehen in den Startlöchern, um die Firmen zu besuchen und entsprechende Angebote zu unterbreiten, weil eben die Leute auch günstig hinfahren können. Das wird sich dann von allein auf eine gewisse Tiefe runter regulieren. Ich würde das nicht in ein Reglement nehmen. Danke.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Die KBU hat die Anträge der EVP/GLP/Grüne-Fraktion beraten und ist der Meinung, dass man den Text „Der MIV-Anteil am Modalsplit muss von derzeit 65 % linear und dauerhaft auf maximal 43 % im Jahr 2030 gesenkt werden.“ annehmen will. Die KBU hat sich aber dagegen ausgesprochen, dass die Gemeinde auf Kosten des Quartierplanbetreibers auf dessen Grundstück Messungen vornehmen kann, und lehnt auch allfällige Pennale bei Nichterreichen des Ziels ab.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist für uns nicht unerfreulich aber auch etwas überraschend, wenn der Sprecher der SVP alle anderen Fraktionen versucht, auf der grünen Spur zu überholen. Aber in diesem Fall ist es halt schon etwas komplexer. Die Analyse oder Diagnose der Probleme ist richtig. Die Frage ist, was können wir nun tun. Wir sind in einem Quartierplan, der im Wesentlichen eigentlich die Aufstockung über die zonenkonforme 20 Meter regelt, und versucht, dort etwas einzubringen, das auch über das Ganze hinweg Verbesserungen bringt. Nun haben wir aber eine bereits bestehende Firma, diese hat bereits Arbeitnehmer. Diese haben bereits einen Modalsplit, der um etwa 65 % MIV liegt. Nun kann man nicht einfach von einem Tag auf den anderen verfügen, dass es nun nur noch 30 % sein sollen. Das wird nicht funktionieren. Der Antrag der KBU ist ein Kompromiss. Man muss halt in einer solchen Situation, so unerfreulich das ist, Kompromisse schliessen

und beinhaltet einen Absenkpfad des Heutigen auf den Zielwert von 43 %. Der Antrag der SVP, die 30 % von heute auf morgen verfügt, kann man so nicht machen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ganz am Anfang des heutigen Abends habe ich Ihnen versucht zu sagen, was dem Gemeinderat an diesem Quartierplan wichtig ist. Das ist eine Firma, die noch nicht lange in Allschwil ist. Wir hoffen natürlich, dass sie noch einiges länger in Allschwil bleibt, wie vielleicht die Vorgängerfirma hier war. Der Name der Actelion verschwindet mittlerweile. Nun ist es so, dass das vorliegende Mobilitätskonzept eine freiwillige Leistung ist, die der Gemeinderat als Gegenleistung zum Sonderbaurecht, das die Firma Idorsia erhält, forderte. Die Firma Idorsia hat meiner Meinung nach eines der besten Mobilitätskonzepte, die überhaupt im Kanton jemals abgegeben wurden, präsentiert. Der Gemeinderat findet es absolut nachvollziehbar. Nachvollziehbar ist auch, wie man von diesen 65 auf 58 % kommt, wie es im Mobilitätskonzept drinsteht. Es soll linear pro Jahr 1 % Senkung geben, bis es dann im Jahr 2045 auf diesen ominösen 43 % sein soll. Wohlverstanden, da sind noch nicht alle Massnahmen ausgeschöpft, sondern da ist erst mal eine Teilmassnahme berücksichtigt, die man bei Bedarf hochfahren kann. Wenn Sie sich dieses Mobilitätskonzept tatsächlich zu Gemüte geführt haben, dann haben Sie ungefähr in der Mitte so eine Mind Map entdeckt, worin weitere Massnahmen vorgeschlagen werden. Die weiteren Massnahmen, die will man ergreifen, weil man bereits ein zweijähriges Monitoring vorgeschlagen hat. Das ist ebenfalls einmalig, dass sich eine private Firma so tief in die Karten schauen lässt, wie ihre Mitarbeiter dort hinkommen. Auch da möchte der Gemeinderat Sie bitten, von einer Verschärfung oder einem Penalty oder irgendwelchen Kontrollen durch Gemeindemitarbeiter auf dem Firmengelände abzusehen. Das möchte der Gemeinderat nicht. Erstens können wir das nicht. Zweitens zu diesem Penalty, das müssen Sie sich so vorstellen: Die 30 %, Beatrice Stierli hat es gesagt, ist eine Illusion, das bekommen wir nicht hin. Die Meinung des Gemeinderates ist, auch 43 % ist äusserst, äusserst sportlich. Denn das Mobilitätskonzept beruht ja auf Schätzungen von Fachleuten. Das ist ein Fachbericht, das ist nicht irgendeine Feld-Wald-und-Wiese-Firma, sondern das ist ein Verkehrsplaner von Renommee aus der Gegend. Dieser sagt, wir kommen auf 58 % in 10 Jahren und in weiteren 15 Jahren senken wir es pro Jahr um 1 %. Das ist realistisch. Wenn nun der Einwohnerrat heute Abend sagt, das ist wenig ambitioniert, wir möchten uns die 15 Jahre sparen und möchten bereits 15 Jahre früher an diesem Punkt sein, dann ist das extrem sportlich. Wenn Sie dazu noch dieser Firma sagen, wenn sie es nicht erreicht, erhält sie einen Penalty - das geht einfach nicht. Sie müssen sich das so vorstellen: Niemandem kann vorgeschrieben werden, mit welchem Verkehrsmittel er unterwegs sein darf. Wenn tatsächlich irgendein Mitarbeiter oder Mitarbeiterin aus dem Elsass sich früh morgens vors Tor der Firma Idorsia hinfahren und abends wieder z.B. vom Lebenspartner oder sogar von einem Taxi abholen lässt, dann haben Sie diese Fahrt so oder so in diesem Quartier. Sie haben nichts damit geregelt. Ausser, dass Sie einen Druck aufgesetzt haben, der eigentlich so nicht nachvollzogen werden kann, wenn Sie diesen Fachleuten, die dieses Mobilitätskonzept erstellt hatten, einigermassen Glauben schenken. Die Kompromisslösung der KBU empfehle ich Ihnen deshalb auch nicht. Denn, was passiert, wenn man es nicht erreicht? Wie gesagt, das sind 15 Jahre mehr, und man muss auch bedenken, es wird heute kein einziger Parkplatz gebaut, sondern es geht schlicht und ergreifend um das, was bereits vorhanden ist. Wenn Sie die Unterlagen aufmerksam studiert haben, stellen Sie fest, dass keine weiteren Parkplätze gebaut werden. Sondern es sind hauptsächlich Massnahmen im Verhindern von Mehrverkehr, im Sensibilisieren der Mitarbeitenden, damit sie doch mit anderen Mitteln zur Arbeit kommen sollen. Mit noch weiteren Massnahmen verspricht sich die Idorsia doch einiges. Ich denke, es ist eine gute Sache. Übrigens hat der Gemeinderat auch im ganzen Quartier eine Studie machen lassen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir daran arbeiten müssen, und dass wir einträglich daran arbeiten müssen, wenn wir im ganzen Quartier den Modalsplit von heute 65 %, die sich übrigens übers ganze Quartier ziehen, auf ca. 45 % senken wollen. Das heisst, da müssen dann noch einige andere Anstrengungen unternehmen, unter anderem auch der Kanton Basel-Landschaft. Denn der Kanton Basel-Landschaft hat eigentlich die Vorschrift, dass man für die Mitarbeitenden Parkplätze anbieten muss, und nicht, dass man sie verhindern kann. Deshalb sind auch die Reduktionsfaktoren haarscharf, pfefferscharf kann man fast sagen, formuliert. Deshalb reicht es auch nur für diese 0,6 und 0,76 Reduktionsfaktoren. Habe ich noch was vergessen? Nein, im Moment habe ich geschlossen. Also ich bitte Sie, lehnen Sie diese Anträge ab. Ich glaube, wir sind mit diesem uns vorliegenden Mobilitätskonzept wirklich gut unterwegs. Wir würden uns ein Ei legen, würden wir schärfer als unbedingt eingreifen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Ich rede jetzt hier für die FDP-Fraktion. Sie vertritt klar die Haltung, dass das Reglement so bleiben soll, wie es jetzt ist. Es soll also kein Wert zum Modalsplit oder zum MIV in dieses Reglement reinkommen, sondern das soll man, so wie es eigentlich vorgesehen ist, auf der Stufe des Bewilligungsverfahrens lösen. Wir vertreten die Meinung, der Einwohnerrat ist nicht die richtige Instanz, um in diesen doch nicht ganz einfachen Themen und mit vielen Abhängigkeiten behaftete Themen jetzt irgend eine Zahl in den Raum zu werfen - und die ist es dann. Man muss bedenken, beim MIV Reduzieren gibt es immer mehrere Player. Ein Player ist auch die

Gemeinde, das sind wir. Wenn wir sie also reduzieren möchten, müssen wir auch dafür sorgen, dass wir mehr öV zur Verfügung stellen können, dass diese geplanten Tramlinien - über die wir gehört haben, dass es doch nicht so schnell ginge, (als ich gehört habe, dass sie in dieser Legislatur sicher nicht mehr kommen, musste ich schmunzeln) auch schnell kommen, vielleicht dann doch noch in dieser Legislatur. Deshalb sind wir in der FDP-Fraktion der Meinung, man soll es so belassen. Wir haben Vertrauen in unsere Verwaltung, dass sie nachher die im Mobilitätskonzept vorhandenen Vorgaben auch umsetzen. Wir haben aber auch Vertrauen in die Gewerbebetreibenden, in die Investoren, in die Anbieter, die im linksufrigen Bachgrabengebiet arbeiten werden, dass wir diese nicht kontrollieren und ihnen mit Strafen drohen müssen. Sondern wir haben eigentlich in unserer Partei die Haltung, dass die Leute genügend intelligent sind und nur schon aus eigenem Interesse sich dahingehend entwickeln, den Individualverkehr in den nächsten Jahren effizient senken zu können. Deshalb empfiehlt die FDP, alles so zu belassen, wie es im Reglement steht.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich will ergänzen. Im Bundesamt für Raumentwicklung ARE von 2019 wurde ein Bericht geschrieben mit dem Titel „Der Modalsplit des Personenverkehrs in der Schweiz“. Die zentralen Ergebnisse daraus sind, dass eben der Anteil des öV am Modalsplit gesamtschweizerisch stagnierte. Sie sagen auch aus, dass, Zitat: „Die Schweiz bleibt damit ein weitgehend auf die Autonutzung ausgerichtetes Land. Der Autoverkehr hält noch immer einen Anteil von 50 % der Fahrten und 65 % der Entfernungen.“ Das heisst, wir sind ein Autoland. Es streitet niemand ab, dass wir ein grosses Problem mit dem Verkehr haben. Je mehr wir zulassen, umso mehr Verkehr wird es geben. Ich will nun diese Gelegenheit nutzen, meinen Antrag abzuändern, indem ich den Vorschlag der KBU übernehme und anstelle der 43 % auf 30 % in den nächsten 10 Jahren runtergehe. D.h. Der MIV-Anteil am Modalsplit muss von derzeit 65 % linear und dauerhaft auf maximal 30 % im Jahr 2030 gesenkt werden. Die weiteren zwei Teile betreffend das Vorbehaltsrecht für Monitoring Daten und den Bussen würde ich streichen.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Zum Verfahren ist es mir nicht klar. Ich ging davon aus, dass wir die Punkte wie in der Tabelle der KBU jeweils einzeln behandeln werden. Aber nun ist das alles etwas vermischt. Zum Inhalt - es gibt nun viele Zahlen, und es wurde gesagt, es ist eine zu starke Forderung. Trotzdem möchte ich noch ein paar Zahlen bringen. Auf diesem Quartierplan werden 300 Parkplätze gebaut, bei über 1'000 Arbeitsplätzen. Dies entspricht einem Anteil von ca. 30 %. Davon ist noch ein Teil für Besucher. Ich verstehe nun nicht ganz, wie das nun eine zu hohe Forderung sein kann, wenn man 43 % fordert, und zwar erst in 10 Jahren. Mögen auch Fachleute dieses Konzept erstellt haben, aber ich sehe hierbei die Übereinstimmung nicht. Wenn das nun auf 58 %, das sind über 600 Mitarbeiter, die mit dem Auto kommen, und es hat genau 300 Parkplätze, finde ich es schon sehr unambitioniert, wenn man der Firma sagt, du musst auf 58 % kommen, du hast aber eh nur 300 Parkplätze. Diese Firma muss also gar nichts tun. Denn diese Leute können sowieso nirgends parkieren, die parkieren dann in den Gemeindestrassen oder wo auch immer sie parkieren können. Sie suchen sich private Parkplätze. Da verstehe ich den Zusammenhang nicht ganz, wie das in diesem Konzept Sinn macht. Deshalb kam heraus, dass man sagt, okay, die 43 % sind noch einigermaßen in Relation zu diesen 300 Parkplätzen, denn, ja, es gibt immer ein paar, die in den Ferien sind, die vielleicht Teilzeit arbeiten oder was auch immer diese Parkplätze mehrfach genutzt werden können. Soviel zu den Zahlen. Auch der Absenkpfad, ich meine, 2030 ist in 10 Jahren, wollen wir nun 7 % runter, entspricht das nicht einmal 10 Leuten pro Jahr. Also 1 % sind von 1'000 zehn Leute weniger, die mit dem Auto kommen müssen. Das scheint mir bei den Problemen, die wir haben werden, nicht sehr ambitioniert. Noch etwas zum Votum von Andreas Bärtsch zum Thema Gemeinde, die dann gefordert würde, öV und so zu bauen. Ich glaube, wenn wir einen hohen MIV-Anteil haben, dann muss sie einfach Strassen bauen, was etwas vom Teuersten ist, was es gibt, und am meisten Platz braucht im Vergleich vom Langsamverkehr zum MIV. Da sehe ich den Zusammenhang nicht ganz, wieso man sagt, okay, wenn wir einen tiefen MIV haben, ist die Gemeinde gefordert. Ja aber bei den Strassen ist sie nicht gefordert? Allein der Zuba kostet 270 Mio. für ein paar tausend Autos, die irgendwo in die Nordtangente fahren sollen, an der dann eh nur Stau ist. Bei den Anträgen, die ich, bzw. wir gestellt haben, geht es auch darum, dass diese Firmen auch ein wenig in die Verantwortung genommen werden, das Konzept tatsächlich umzusetzen und wirklich auch Massnahmen zu ergreifen. Man muss bedenken, die Idorsia wie die Actelion wird irgendwann vielleicht in 10 Jahren verkauft. Dann gibt es einen neuen Besitzer, der vielleicht zu einem Grosskonzern gehört, der sich nicht mehr so engagiert um diese Themen kümmert. Ich finde es einfach wichtig, dass die Gemeinde wenigstens noch die Möglichkeit hat, die Sache durchzusetzen und auch dafür zu sorgen, dass es weiterhin eingehalten wird. Mag sein, dass die Jetzigen das gut machen, dann muss man auch nicht gross Einsicht nehmen oder Sachen kontrollieren, aber die Möglichkeit sollte vorhanden sein. Denn so ein Plan existiert nicht nur fünf Jahre oder zehn Jahre, der existiert, solange das Gebäude steht, also 50, 60 Jahre oder noch länger. Danke schön.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Man darf bei der Idorsia auch nicht vergessen, man redet bei ihr von 40 % Mitarbeitende, die aus Frankreich kommen. Schon nur wenn Idorsia etwas in diesem Bereich macht, und von diesen 40 % sind 90 %, die mit dem Auto kommen, dann haben wir den MIV-Anteil so ziemlich schnell weit unten. Wenn ich mich nicht täusche, war es gerade heute in den Nachrichten zu hören, die Roche baut einen dritten Turm oder hat die Eingabe für einen dritten Turm gemacht. Wo gehen die alle arbeiten und parkieren? Ja, auch dort ist ganz klar, dass die Mitarbeitenden mit den öV kommen müssen. Wir verlangen, glaube ich, wenn wir in 10 Jahren auf 30 % runter gehen, nicht allzu viel von einem solchen Unternehmen, dass sie das soweit hinbekommen. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin schon etwas erstaunt, wenn man den Ausführungen des Gemeinderats zuhört und manchmal spannende, politische Färbungen, wenn es dann um die Wurst geht, trotzdem wieder in eine andere Richtung kippen können. Wir müssen schon mal festhalten, um welches Gebiet es sich da handelt. Es macht einen Unterschied und hat nichts damit zu tun, ob die SVP irgendjemanden links, rechts oder grün überholen möchte. Festhalten müssen wir, darauf hat der Gemeinderat immer wieder gedrückt, wir wollen am Bachgrabengebiet ein Life-Science-Areal. Das war es immer, wo man hinwollte. Life-Science z.B. ist eine ganz andere Ausgangslage, als wenn wir Gewerbegebiet haben. Man wollte das jahrelang festhalten, es gab immer wieder Bestrebungen und auch kritische Voten aus dem Einwohnerrat, ob man dort nicht eine grössere Durchmischung wolle. Er wollte das nicht. Er wollte ein Life-Science-Gebiet. Bei einem Life-Science-Unternehmen ist es so, es hat schlichtweg den grössten Prozentanteil der Arbeitnehmer, die am Morgen kommen und am Abend gehen. Arbeiten sie 50 %, gehen sie am Mittag. Aber sie sind am Standort. Die Verhältnismässigkeit von jenen, die hin und her fahren müssen, reduziert sich in solchen Gebieten drastisch. Wir haben schweizweit ganz viele solche Gebiete, die genau dieselben Probleme haben, gerade eben im Bereich Welschland entlang der französischen Grenze. Die kennen das seit Jahren und arbeiten schon seit Jahren mit diesem Problem. Wir haben immer gesagt, wir wollen den Verkehr wirklich dort steuern, wo wir ihn steuern können. Dort können wir ihn steuern. Auch das Argument, also Entschuldigung Christoph, das mit dem Taxi hinfahren, das hatte so einen Bart. Tut mir leid. Ich glaube nicht, Henry hat es vorhin gesagt, darauf wollte ich auch zurückkommen, 45 % kommen aus dem Ausland. Aus Deutschland sind es 75 %, aus Frankreich 90 %. Zwei Drittel MIV. Ich glaube nicht, dass sich der grösste Teil dann mit dem Taxi hinfahren und abholen lässt. So à la Problem Elterntaxi, das wir haben. Man muss schon sagen, man hat es natürlich in den letzten Jahren schon verpasst, sich dem Ganzen anzunehmen, und zwar auf beiden Stufen. Sowohl im Kanton wie auf kommunaler Stufe hat man verpasst, die Augen aufzumachen, was es bedeutet. Man kann sich nicht einfach immer nur beim Spatenstich für Zeitungen hinstellen und sagen, wir machen hier ein Gebiet von nationalem Interesse, und dabei vergessen, was das alles beinhaltet. Gerade haben wir den Hegenheimermattweg saniert. Wenn wir darüber nachdenken, was dort alles passiert in Sachen Arbeitsplätze, wäre es jetzt der richtige Moment gewesen zu überlegen, was wir vorhin schon gehört haben, wie queren wir die Velos. Ich habe dieses Konzept von Rapp gelesen. Wenn ich dann sehe, auf was alles man umsteigen will, dann frage ich, wo hat man denn die Grundlage dafür geschaffen, dass man das überhaupt erreichen kann. Wenn ich sehe, dass es 10'000 Arbeitsplätze gibt, 4'000 kommen mit dem Velo, auch wenn das nur 2'000 innerhalb von einer Stunde kommen werden, wie wollen die von diesem Veloweg her hinüber querem. Da bin ich denn noch sehr gespannt, wie das gelöst wird. Man hat das schlichtweg vergessen. Man stand hin, sagte wir nehmen alle Unternehmen hierhin, machen es grösser und noch grösser. Aber was das für die Allschwiler Bevölkerung konkret bedeutet, überlegt man sich immer zuletzt. Ich muss also sagen, auf einen 10-Jahres-Horizont den MIV runter zu bekommen, also wenn wir das nicht mit geordneten Massnahmen schaffen, frage ich mich schon, was unsere Aufgabe hier ist. Auch wenn man sagt, das ist nicht unsere Höhe - doch, es ist unsere Höhe. Es ist unsere Gemeinde, es sind unsere Bürger. Wir bauen ein nationales Interessengebiet auf und genau beim Quartierplan ist es der Einwohnerrat, der mitredet. Da sagen wir nun, es solle uns nichts angehen? Dann frage ich mich, was das Verständnis dieses Rates ist, wenn wir denn nicht zu unseren eigenen Leuten schauen wollen. Es ist schlichtweg so, wenn wir die Zahlen anschauen, auch von den 55 % der Angestellten wohnt ein Grossteil nicht in Allschwil. Die brauchen permanent alle unsere Strassen. Und was machen wir für unsere Bürger? Wir stehen hin und sagen, he, hier ist das Foto, wir machen etwas, das national wichtig ist, super ist es. Aber dass die Leute alle schon lange im Stau stehen, dass sie sich aufregen, dass es immer mehr wird, wenn man so Thema Dichtestress haben, das nimmt niemand wahr. Das ist unsere Aufgabe hier. Jetzt hingehen und sagen, ja, das reguliert sich dann schon von selbst. Das können wir vergessen. Warum kann die SVP das mit den 30 % unterstützen? Es trifft nämlich beim MIV nicht die Gewerbetreibenden mit den Gewerbefahrzeugen, die sind nämlich ausgeschlossen. Also jene, die es fahren müssen, die können nach wie vor. Aber jene, die permanent dort hinkommen und abends wieder gehen, und während des Tages kein Verkehrsaufkommen haben, die können wir jetzt steuern. Und das wollen wir nicht? Das ist für mich absolut unverständlich. Deshalb bin ich der Meinung, das ist der absolut richtige Weg, dass wir

in diesem Cluster, in dem wir uns befinden, nun diese Massnahmen aufnehmen und ihnen 10 Jahre Zeit geben sie umzusetzen. Damit haben wir eine nachhaltige Wirkung. Ansonsten passiert nichts, sonst sind wir genau gleich wie rund um die Welt alle Gemeinden oder alle grösseren Gebiete mit Life-Science, die absolutes Verkehrschaos haben und alles verstickt. Alle nerven sich und irgendwann ziehen sie weiter hinaus, weil es ihnen zu viel wird. Das wird passieren, wenn wir nicht reagieren. Nun müssen wir uns fragen, ob wir so weitermachen wollen, oder ob wir es jetzt regulieren wollen.

Rita Urscheler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Bei mir ist es auch ein wenig so, wie es Florian ausgeführt hat. Gewisse Dinge muss ich nun auch nicht mehr sagen, die hat er schon erwähnt. Zuerst noch Florian, beim Hegenheimermattweg hat es nun eine Abbiegespur für die Velos. Wie weit diese dann bei so vielen Velos reicht, stelle ich dann sehr in Frage. Ich gehe dort immer rüber für ins Van de Merve, und es ist mühsam. Ich muss sagen, ich ärgere mich selten, aber im Moment ärgere ich mich ziemlich über das ganze Thema. Ich finde es auch nicht richtig, nicht in Ordnung, wenn man sagt, wir seien nicht die richtige Instanz, um über solche Dinge zu sprechen, wir haben einen Planer beauftragt. Ich bin einverstanden, dieser Planer hat sicher sehr gut gearbeitet. Wir aber sind die Instanz, die schlussendlich entscheiden muss, denn wir vertreten das Volk. Und es ist das Volk, das unter diesen zu erwartenden Bedingungen leidet. Das ist jetzt erstmal Idorsia und es wird mit Alba weitergehen. Ich finde, wir können auch einer geschätzten Firma wie Idorsia vermitteln, dass wir Anliegen haben, welche ihnen vielleicht nicht so angenehm sind. Ich bin sicher, das hat der Gemeinderat schon getan. Aber wir können zum Beispiel fordern, dass Idorsia Anreize setzt, damit ihre Mitarbeitenden umsteigen auf öV und halt eben nicht mehr mit dem Auto selbst kommen. Da möchte ich dir, Christoph widersprechen, ich finde wir können da schon ein wenig Druck aufsetzen. Insgesamt frage ich mich einfach, also ich war in der letzten Legislatur nicht im Einwohnerrat, aber ich frage mich nun so quasi als Aussenstehende, was profitiert eigentlich Allschwil von den ganzen Bauten. Das habe ich noch nie gehört. Wir haben viel Verkehr, was zahlen diese Firmen überhaupt an Steuern? Ich meine Actelion - haha - und so, dann wird sie verkauft und wo geht das Geld danach hin? Also sicher nicht nach Allschwil. Die wahrscheinlich eher wenigen Mitarbeitenden, die in Allschwil wohnen, bezahlen sicher etwas Steuern, sie bringen aber auch Aufwand. Wir müssen wieder zum Beispiel für die Kinder dieser Familien Schulraum vorsehen, es wird Grünfläche überbaut, es wird sehr hoch gebaut. Ich bin recht unglücklich mit dem Ganzen. Ich würde gerne einmal wissen: Was ist eigentlich unser Nutzen, ausser dass wir ein Standort von Weltruf sind? Was nützt mir das im Alltag, wenn wir ein Standort von Weltruf sind?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte noch etwas zum Stichwort freiwillig sagen. Die Firmen machen freiwillig das, was Geld bringt. So ist das. Es sind Geldmaschinen. Die machen schon auch Medikamente. Die schaffen schon auch Arbeitsplätze. Aber in erster Linie sind es Geldmaschinen für ihre Aktionäre. 32 Milliarden bei Actelion. Ich habe mit dem EasyJet Schweiz Chef gesprochen. Hören Sie, ich verstehe Sie voll. So wie Sie, denke ich auch. Aber ich bin hier in Basel, weil ich hier am meisten garnieren kann. Die besten Bedingungen für mich. In diesem Sinne müssen wir nun einfach den Mut haben und sagen, wir verlangen etwas. Wenn das auf diese Firma wie Zwang wirkt, na dann, dann zwingen wir sie halt.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Zuerst einmal vielleicht ein wenig zur Kollegin, was uns diese Firmen in Allschwil bringen. Als erstens Arbeitsplätze und zweitens Steuergelder, und ja, etwas Prestige. Allschwil, hey, das sind Weltfirmen, Actelion und andere Firmen. Also, was wollen wir tun? 300 Parkplätze auf 1'000 Arbeitsplätze, was wollt ihr denn, was wollt ihr noch mehr? Sagen wir, kommt doch alle per öV zur Arbeit. Das ist okay. Es ist gleich im Bachgraben. Sie kommen direkt aus Frankreich, wie viele, 40 %? 60 % von Deutschland? Ja. Wir diskutieren seit knapp ¾-Stunden über ein Thema, bei welchem wir denken, ja ist es überhaupt noch möglich, auf 30 % herunterzubrechen. Es soll doch am besten alle mit dem Velo kommen und dann ist das Problem doch gelöst. Oder? Also das wäre mein Vorschlag. Kommen doch alle mit den Velos. Danke schön.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja jetzt müssen wir aufpassen, dass wir nicht viele Themen miteinander vermischen. Wir stehen nun bei der Frage, gehört ein Mobilitätskonzept in ein Quartierplanreglement oder gehört es nicht hinein. Die SVP hat nun mittlerweile bei von ihr gestelltem Antrag bemerkt, dass keine Zeit, bis wann das erreicht sollte, drinsteht. Immerhin kam nun ein gewisses Entgegenkommen durch den Antragsteller, aber es ist auch die Einsicht da, dass die Strafen nicht machbar sind. Danke schön dafür. Es geht aber noch einen Schritt weiter. Rita Urscheler hat vorhin gefragt, ja was tun die denn, ausser schönen Worten. Beim Mobilitätskonzept bitte ich Sie zu verstehen, dass das eine Erarbeitung ist, die zusammen mit unseren Fachleuten auf der Gemeinde entstanden ist. Wenn Sie auf Seite 27, unter 4. Mobilitätskonzept, den Massnahmenkatalog anschauen, dann sehen Sie, dass es nicht einfach nur so ein paar Veloparkplätze gibt. Es gibt sehr viele Veloparkplätze. Sondern man hat vier Hauptthemen. Man hat nebst der Regulierung auch Sharing und Pooling. Man hat Sensibilisierung der Mitarbeitenden und man hat Unterstützung. D.h. diese Firma nimmt schon etwas mehr Geld in die Hand

als andere Firmen in die Hand nehmen. Oder? Ich möchte Sie einfach daran erinnern, mit einem normalen Baugesuch haben sie bereits die erforderlichen Parkplätze gebaut und es wird jetzt mit dieser Mehrhöhe nicht weiter gebaut, sondern es wird jetzt mit dem Massnahmenkatalog versucht, dass man pro Jahr den MIV-Anteil am Verkehr um 1 % senken kann. Rita Urscheler, du hast zuvor noch die Frage nach den Steuern gestellt. Die Firma Actelion, die ja nun bei Johnson & Johnson ist, ist eine der wichtigsten Steuerzahler hier in Allschwil. Ich möchte daran erinnern, dass alle diese Gebäude und alle in Allschwil geplanten Investitionen ungefähr von den Steuergeldern dieser Firmen getragen werden. Das ist so eine Faustformel, die ich mir als Nicht-Finanzmann immer merken konnte. Das, was aus der Ertragsrechnung pro Jahr erwirtschaftet wird, reicht, um den Betrieb aufrecht zu halten, inklusive Instandhaltung. Alles, was Investitionen sind, ist in etwa der Betrag, den wir von diesen Firmen in etwa an Steuern einnehmen können. Das sind hier in Allschwil juristische Steuerzahler. Das ist nicht wenig. Zuvor wurde gesagt, wir hätten den Hegenheimerweg bauen müssen. Ja, den konnten wir bauen mit Steuergeldern, weil es eben Firmen in Allschwil gibt, die tatsächlich viel Steuern bezahlen. Auch hier ist es wieder ein Geben und Nehmen, es ist ein funktionierender Kreislauf. Wenn wir nun beginnen, einen Keil einzuschlagen und sagen, es muss doch möglich sein, trotz der Fachleute, die sagen, es sei möglich, pro Jahr 1 % zu senken, und sagen, nein, wir beschleunigen es um 15 Jahre und wollen im Jahr 2030 43 % MIV, wie es in der KBU vorgeschlagen wurde. Nun kommt die SVP und sagt, nein das reicht nicht, wir kommen noch weiter runter. Also das heisst, die müssen Morgen damit beginnen, mit ihren Mitarbeitenden zu reden und ihnen zu sagen, hört, ihr könnt nicht mehr mit dem Auto kommen. Wie sollen sie das tun? Ich meine, das sind Firmen, die haben Mitarbeitende, welche man nicht einfach so auf der Strasse findet, sondern das sind relativ hoch qualifizierte Mitarbeitende. Da sieht es schon ein wenig anders aus, wenn man mit diesen Mitarbeitenden arbeiten und sich weiterentwickeln möchte. Idorsia ist eine junge Firma und steht zu Allschwil. Das nennen sie schon im Namen „I do Research in Allschwil“. Für mich ist das ein Bekenntnis, dass diese Firma sich an Allschwil orientiert und in Allschwil bleiben möchte. Ich möchte noch einmal bitten, darüber nachzudenken, dass erstens die Zielgrösse von 43 % ambitioniert ist, extrem. Ich denke mir, es ist vernünftig, wenn man das, was in diesem Mobilitätskonzept geschrieben steht, umsetzt. Der Gemeinderat hat das getan. Er hat die Möglichkeit, dies durch die Verwaltung, zusammen mit diesen Leuten, für ein Monitoring eruieren zu lassen. Was ist tatsächlich geschehen, könnte noch mehr drin liegen? Nun geht es aber erst mal um den Start. Zu Sandro Felice möchte ich sagen, ja, dieser Quartierplan gilt ein Leben lang. Sie haben ein Leben lang das Recht, diese 40 m zu behalten, auch die Nachfolgefirmer. Das ist so. Aber die Gemeinde auch. Es erlischt nicht einfach, wenn ein neuer Betreiber oder Besitzer auf diesem Grundstück ist und sagt, oh großartig, ich habe hier 40 Meter. Sondern auch dieser muss sich wie alle anderen an die Quartierplanvorschriften halten. D.h. sie gelten nicht nur für die jetzigen Besitzer, sondern sie gelten auch für die Rechtsnachfolger. Es liegt uns daran, dass man das auch tatsächlich kontrolliert und man partnerschaftlich zusammenarbeitet. Das ist das Anliegen des Gemeinderates. Deshalb noch einmal eindringlich: Es ist eine gute Lösung mit diesem Mobilitätskonzept. Die Ängste, die Florian Spiegel und Henry Vogt äusserten, sind dem Gemeinderat hinlänglich bekannt. Nicole Nüssli und ich haben uns beide ungefähr ähnlich im Wahlkampf ums Präsidium auch so geäussert. D.h. der Gemeinderat ist mit der Meinung, dass wir im linksufrigen Bachgrabengebiet tatsächlich ein Problem haben, breit abgestützt. Wenn sich alle an so einem Mobilitätskonzept halten, das wir im Übrigen von allen, die dort bauen, verlangen, wird es funktionieren, sonst funktioniert es nicht. Diese Firmen haben von Grund auf Interesse, dass es funktioniert. Die wollen nicht bei jedem Meeting warten, bis der Hinterste und Letzte eingetroffen ist. Ich bitte Sie also dringend, das noch einmal zu überdenken und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen, die Anträge der EVP/GLP/Grüne-Fraktion abzulehnen und das jetzige Quartierreglement so zu belassen.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte noch ein paar Dinge dazu sagen. Einerseits ist es so, dass bei diesen Berechnungen, wie man sieht, relativ grosse Ungenauigkeit gibt. Wenn man in 10 Jahren 7 % reduzieren muss, gibt es relativ gute Möglichkeiten, damit man 5 Jahre lang gar nichts tun muss und gleichzeitig auch irgendeine Reduktion rechnen kann. Das ist nicht so eine genaue Wissenschaft. Ziel und Ist ist relativ nah beieinander, und es ist nicht so einfach, dies genau zu berechnen. Das ist der eine Punkt, den ich einbringen wollte. Der andere, noch wichtigere Punkt, ist nicht, wie Christoph Morat gesagt hat, es geht eben gerade nicht darum, dass die Firma Idorsia hingeht und den Mitarbeitenden sagt, nein, du kannst nun nicht mehr mit dem Auto kommen, sondern es geht darum, dass die Firma Idorsia dann Massnahmen ergreift, die helfen, damit die Mitarbeitenden nicht mit dem Auto kommen können. In diesem Mobilitätskonzept, im Quartierplanreglement steht: „Die verbindlichen Massnahmen sollen umgesetzt werden.“ Es hat aber noch ganz viele „man könnte noch“ oder „man hätte“ und „diese Massnahmen könnte man auch noch“. Diese Texte sind eben nicht verbindlich. Es geht auch darum, dass eben diese Firma z.B. sich dann auch mit den ihr umgebenden Firmen zusammensetzt und schaut, okay, wir haben so und so viele Mitarbeitende, die kommen aus diesem Dorf in Frankreich, zusammen könnten wir ein Sammeltaxi organisieren, dass man diese Mitarbeiterlisten gemeinsam anschaut und solche Massnahmen ergreift, statt einfach zu sagen, ja Mitarbeiter, Sorry, du hast einfach

keinen Parkplatz, nun musst du halt selber schauen, wir müssen den MIV-Anteil reduzieren. Sondern es geht darum, dass die Firmen mithelfen und dies auch langfristig tun. Danke schön.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Präsident. Ich möchte nur schnell etwas zum angesprochenen Nebenthema etwas sagen, und zwar zu den Steuereinnahmen. Es ist immer heikel, als Gemeinderat dazu etwas zu sagen. Ich darf nicht indiskret werden. Aber, wie Sie aus der Rechnung und dem Budget wissen, sind Steuereinnahmen von den juristischen Personen in Allschwil nicht unerheblich. Es ist so, dass weniger als 10 Firmen 85 % der Steuern von juristischen Personen bezahlen. Ein Grossteil davon kommt halt aus dem linksufrigen Bachgrabengebiet. Viele Gemeinden beneiden uns, um einen deutlich höheren Anteil an Steuern von juristischen Personen zu haben als der Kantonsdurchschnitt. Das ist, was ich zu diesem Thema sagen wollte.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Zum letzten Mal, geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich bin schon erstaunt, dass nun plötzlich 40 % der aus dem Elsass kommenden Mitarbeitenden hoch qualifiziert sind. Zum Mobilitätskonzept will ich auch noch dazu sagen, wenn natürlich im Mobilitätskonzept ein Pick-e-bike als Lösung drinsteht, finde ich das natürlich extrem interessant. Denn zuerst muss man ein solches Velo irgendwo finden. Zweitens fahre ich dann mit diesem Velo ins Geschäft und muss hoffen, dass ich es abends noch einmal habe zum Zurückfahren, dass es nicht jemand anders genommen hat. Das Ganze, finde ich, ist für ein Mobilitätskonzept doch sehr, sehr vage. Sie schreiben darin auch, dass sie die Transportation Allowance haben, soweit, wobei jeder Mitarbeitende 90 Franken pro Monat erhält, wenn er auf den Parkplatz verzichtet. Soweit ist das großartig. Das können sie ja weiterführen. Wenn ich mich nicht verlesen habe, hat Idorsia für 2020 eine Liquidität von 750 Mio. Franken. Ob nun davon ein Franken mehr oder weniger ans Personal ginge, wäre auch nicht wirklich schade. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Kommen wir zur Abstimmung. Wir stellen die zwei Anträge einander gegenüber.

Der Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion: *von 65 % innerhalb 10 Jahren auf 43 %*, dem Antrag, der im Quartierplan bereits enthalten ist und vom Gemeinderat unterstützt wird: *in 10 Jahren von 65 % auf 58 % und in weiteren 15 Jahren, also bis 2045, auf 43 %*.

Also, richtigerweise ändere ich es: Zuerst stellen wir den Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion dem SVP-Antrag gegenüber. Das ist einfacher, und wir können nachher jenen des Gemeinderates gegenüberstellen. Also, wir stimmen ab.

Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion: *von 65 % auf 43 % bis 2030*, gegenüber Antrag der SVP: *im gleichen Zeitrahmen aber bis auf 30 %*.

Ich bitte um Aufmerksamkeit, das Wahlergebnis liegt vor.

://:

Eine Mehrheit mit 21 Ja-Stimmen ist für den Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für jenen der SVP-Fraktion haben 8 Personen gestimmt, 8 haben sich der Stimme enthalten. Somit ist der Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion angenommen.

Im zweiten Schritt stellen wir ihn aber noch dem Antrag des Gemeinderates, resp. dem im aktuellen Quartierplan enthaltenen Antrag gegenüber. Wer weiterhin dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion die Stimme geben will, soll dies nun mit der Karte bezeugen.

://:

Sie haben dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion mit 21 Stimmen zugestimmt. 14 Stimmen für den Antrag des Gemeinderates und 2 Enthaltung.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zum zweiten Punkt des § 3, zum zweiten Punkt des Antrags der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Ich lese es kurz vor:

„Der Gemeinderat erhält das Recht, die Detailzahlen der Monitoring-Berechnung einzusehen. Ausserdem erhält er das Recht, auf Kosten der Parzelleneigentümer eigene Messungen oder Befragungen auf dem Quartierplanareal vorzunehmen.“

Der Antrag wird von der KBU nicht mitgetragen. Ich möchte kurz Zeit geben, ein Votum einbringen zu können oder zu diskutieren, wenn das nicht zuvor schon geschehen ist.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bitte Sie also dringend, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Erstens haben wir gar nicht das Personal dafür, auch wenn das auf Rechnung des Quartiereigentümers oder Grundstückeigentümers geht. Wir haben schon gar nicht die

Leute dafür, und wie soll eine solche Befragung aussehen? Kein Mensch ist verpflichtet, uns diese Auskunft zu geben, auch wenn das in einem Quartierplan so geschrieben ist. Ich bitte Sie also dringend, auch und u.a. aus Gründen der Rechtsgleichheit, diesem Antrag nicht zu folgen.

Christian Kellermann, Präsident: Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion die Stimme geben will, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Antrag mit 29 Nein, 8 Ja und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Christian Kellermann, Präsident: Kommen wir zum letzten Punkt. Ich lese kurz den Antrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion vor:

*„Pro den Zielwert des MIV-Anteils am Modalsplit übertreffende 1 % bezahlen die Grundstückeigentümer*innen der Gemeinde Allschwil jährlich CHF 50'000.“*

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch diesem Antrag möchte ich dringend bitten, nicht stattzugeben, aus denselben Gründen, wie wir es zuvor gesagt haben. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, irgendeine Rechtsgrundlage zu finden, mit der man dieser Firma einen Penalty aufdrücken kann für etwas, das sie nicht selbst eindeutig steuern kann. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Nur kurz zur Aussage von Christoph Morat. Ich kann verstehen, dass man diese Strafgebühr oder ähnlich nicht unbedingt so möchte. Aber er sagt nun, man macht ein Mobilitätskonzept, aber die Firma kann es nicht steuern. Man gibt ein Ziel vor, aber die Firma kann es nicht steuern. Ich weiss nicht, weshalb man denn dann ein solches Konzept erstellt.

Christian Kellermann, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Stimme geben möchte, ihn befürwortet, soll es nun mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Antrag mit 28 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.

§ 6 Abweichungen und Ausnahmen Seite 7

keine Wortmeldungen

§ 7 Schlussbestimmungen Seite 7

keine Wortmeldungen

Beschlüsse Seite 8

keine Wortmeldungen

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen nun noch zur 2. Lesung des Quartierplans.

Quartierplan

keine Wortmeldungen

Christian Kellermann, Präsident: Die Beratung über das Geschäft 4514/A ist somit abgeschlossen. Ich stelle fest, dass die 2. Lesung des Quartierplanreglements und Quartierplans damit abgeschlossen ist. Wir kommen nun zu den Anträgen des Gemeinderates, Seite 10.

„Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:
Der Quartierplan Idorsia, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement mit den soeben erfolgten Textänderungen wird zugestimmt. Er wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.“

://:

Sie haben diesem Antrag mit 34 Ja und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Sie haben dieses Geschäft als Ganzes einstimmig abgeschlossen. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur Pause. Wie gesagt, bitte beim Hinausgehen den Mundschutz anziehen. Wir machen eine Viertelstunde Pause, d.h. wir fahren um 20.10 Uhr weiter. Besten Dank.

PAUSE

Christian Kellermann, Präsident: Gut, wir machen weiter und kommen zum Info-Fenster. Gemeinderat Andreas Bammatter hat noch Informationen zum Weitergeben. Bitte schön.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Christian Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich darf Ihnen einen kleinen Zwischenstand geben, und zwar geht es ums Geschäft 4372, betreffend digitalen Zugang zu sämtlichen ER-Geschäften. Am 15. Januar 2020 haben Sie hier im Einwohnerrat die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrats behandelt. Darin ist auch das genannte Geschäft 4372, worum es hier geht, enthalten. Wir können sagen, die Verwaltung und der Gemeinderat ist auf dem Weg, Ihnen möglichst bald eine Lösung anzubieten. Denn es steht da: „Nach in Kraft tretenden Anpassungen wird für die Umsetzung eine Frist von einem Jahr gewährt.“ Also wir sind an der Arbeit und ich hoffe, dass ich Ihnen spätestens im Januar berichten kann, wie es weiter gehen soll, damit Sie diesen Zugang haben. Das wäre alles für heute. Merci vielmals.

Silvia Stucki, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich freue mich, heute zum ersten Mal an dieser Stelle an Sie zu gelangen. Die folgenden Ausführungen geben Ihnen einen ersten Einblick zum GPK-Bericht, wo wir geradestehen. Selbstverständlich wurde dieses Vorgehen mit der entsprechenden Kommission abgesprochen. Am 23. September 2020 fand eine Sitzung mit den Mitgliedern der GPK, Nicole Nüssli, Patrick Dill, Sandra Dettwiler und mir, statt. Das Ziel war ein gemeinsames Verständnis zum GPK zu erhalten und dementsprechend auch Fragen dazu zu klären. Dabei kam deutlich heraus, dass sowohl Prozessabläufe aber auch die Schnittstellen zwischen der Schule Allschwil und der Gemeindeverwaltung geklärt bzw. definiert werden müssen. Als Herausforderung wird diese Aufgabe auch deshalb erachtet, weil gleichzeitig noch andere Geschäfte im Bereich Schule anstehen, ich denke dabei beispielsweise an die Schulraumplanung. Des Weiteren wird das konkrete Vorgehen gemeindeseits an einer nächsten Sitzung im November mit den involvierten Personen besprochen und geplant. Von Seiten Schulrat kann ich sagen, dass dieser im Moment an der Erarbeitung einer Geschäftsordnung ist. Mit der GPK wurde vereinbart, dass Ende Jahr ein schriftlicher Bericht zum momentanen Arbeitsstand vorliegt, der aufzeigen soll, wie die Empfehlungen in den einzelnen Gremien umgesetzt werden und bei welchen Arbeitsschritten sie gerade sind und wie die nächsten weiterverfolgt werden. Danke schön.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank. Es gibt, so wie ich informiert wurde, keine weiteren Informationen. Somit kommen wir zur Beantwortung der dringlichen Motion. Dazu gebe ich gerne Gemeinderat Robert Vogt das Wort.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Wie Sie wissen, wurde in der Abstimmung um den Lindenplatz mit 53.15 Prozent, mit einem Stimmenunterschied von 436 Stimmen Ihr einwohnerrätlicher Vorschlag abgelehnt. Damit wir nun möglichst vorwärts gehen und offene Fragen beantworten können, sind wir im Gemeinderat sehr gerne bereit, Ihre Motion für diese Abklärungen entgegen zu nehmen. Danke schön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Darf ich noch schnell fragen, einfach zum Vorgehen. Die Dringlichkeit haben wir gemacht, um es heute beraten zu können. Ist das richtig? Jetzt bin ich verwirrt und habe gemeint, der Gemeinderat hat einfach schnell entschieden, er nimmt es einfach entgegen und wenn kein Gegenantrag besteht, wird es gar nicht diskutiert. Ist das richtig? - Alles klar. Merci.

Christian Kellermann, Präsident: Damit es offiziell ist, frage ich noch, ob es einen Gegenantrag gibt.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Her Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist immer sicher wissenschaftlich interessant, was waren die Gründe für eine Ablehnung. Ob man dann am Schluss auch etwas herausnehmen kann, was zu produktiven Schlussfolgerungen für die Politik führt, ist eine andere Frage. Wenn wir nun meinen, wir wüssten nicht, weshalb es abgelehnt wurde, ist das schon fast ein bisschen eine Bankrotterklärung. Die Opposition hat sich klar ausgedrückt, was sie will. Es ist ihr zu wenig grün. Die grösste Opposition hat sich an diesen Merkelbelägen entzündet. Es ist auch klar, dass wenn es um ein solches Projekt geht, welches nur einer Minderheit der Gemeinde zugutekommt, nämlich den konkreten Anwohnern, der Bevölkerung eines bestimmten Quartiers, und die Opposition kommt, dass viele sagen werden, es ist einfach zu teuer. Das sind banale Gründe. Das kann sich wohl jeder selbst ausrechnen. Ob es denn prozentual das eine oder andere mehr ist, ist für die Entscheidungsfindung, was man weiter machen wird, eigentlich nicht wirklich zielführend. Wir werden am Schluss nicht irgendeine Umfrageantwort oder Umfrageresultat haben, die uns sagt, wir müssen ein neues Projekt so und so ausgestalten, und dann gibt es 53 % Ja. Das werden wir nie haben. Ich denke, diesen Aufwand kann man sich sparen. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion, EVP/GLP/Grüne, ist nicht auf dieser Liste der Fraktionen, die diese Motion miteingereicht haben. Und zwar sind sieben der fünf Mitglieder nicht dafür, zwei sind dafür. Ich möchte noch etwas zu unserem Nichtdafür sagen. Sieben ist eine qualifizierte Mehrheit. Es ist nicht eine grosse Mehrheit, aber es ist eine qualifizierte Mehrheit. Ich sage nun aber, und das möchte ich klar deklarieren, meine persönliche Meinung. Wir konnten in der Fraktion nicht eingehend darüber diskutieren, weil diese Motion erst gestern reinkam. Dringlich ist aus meiner Sicht die Mitwirkung bei diesem Geschäft und nicht eine akademische Übung. Die Mitwirkung ist wichtig und nicht eine akademische Übung. Mitwirkung wird in Allschwil noch nicht immer optimal verstanden. Mitwirkung ist kein Wunschkonzert, sondern ein längerer Prozess mit einer qualifizierten Kommunikation, sachorientierten Auseinandersetzungen und Demokratie auf Augenhöhe. Ich sage das aus dem Grund, weil das nach wie vor aus meiner Sicht bei diesem Projekt fehlte. Ich sage es aber vor allem, weil ich mich eigentlich sehr freue, wenn wir in Allschwil in diesem Punkt Schritt für Schritt weiterkommen. Idealtypisch für einen Mitwirkungsprozess sind fünf Elemente: 1. Information, worum geht es eigentlich und, ganz wichtig, was sind die Rahmenbedingungen, damit man sich nicht in unrealistische Dimensionen vergaloppiert. 2. Wichtig ist eine Mitsprache, also so, dass man seine Meinung sagen und darüber diskutieren kann, und dass dies auch rückgekoppelt wird. Es reicht nicht, wenn man nur einen Anruf erhält, befragt wird und dann irgendwo ein Kreuz gezeichnet wird. Das reicht nicht, das ist keine Mitwirkung. Der nächste Schritt hat beim Lindenplatzprojekt nicht stattgefunden, 3. Mitentscheidung. Dass jene, die in diesen Prozess eingebunden sind, auch wirklich verbindlich und wirksam etwas sagen können, das gilt. 4. Mitgestaltung, also bei der Umsetzung eines Projektes beteiligt zu sein. Idealerweise mündet ein Mitwirkungsprozess sogar, das würde ich beim Lindenplatz oder auch bei anderen Projekten nicht unbedingt sehen, in eine Selbstverwaltung mit Autonomie. Es gibt in Allschwil ein Projekt, wo das der Fall ist, es heisst: „Allschwil bewegt“ und läuft seit sechs Jahren mit grossem Erfolg. Das ist ein Projekt mit Selbstverwaltung und Autonomie, welches der Gemeinde nichts kostet und für das nichts getan werden muss. Meinungsforschungsinstitute, die jetzt angepeilt werden, das macht mir wirklich Sorgen, nicht jetzt für diese Befragung aber insgesamt in der Politik, machen aus der Demokratie eine Expertokratie. Statt dass Politiker und Politikerinnen hingehen und direkt mit der Bevölkerung auf Augenhöhe sprechen und ihnen den Puls fühlen, was sie bedrückt und was für Ideen sie haben, lässt man sie extern und unpersönlich befragen. Diese Entwicklung gefällt mir gar nicht. Die gefällt mir gar nicht, auch wenn es mehrheitlich immer mehr auf diese Art stattfindet. Ich finde, das ist für die

Demokratie gefährlich. Wenn nun der Einwohnerrat eine solche Befragung machen lassen möchte und der Gemeinderat es entgegennehmen oder mitmachen will, dann finde ich, das ist okay, kann man machen. Kostet etwas, kann man machen. Wichtig aber dabei ist, dass der Gemeinderat die Regie behält. Dass er nicht einfach das Zepter oder was auch immer abgibt und das Institut machen lässt, dieses befragt dann einfach irgendwie. Dann kristallisiert es irgendwas heraus und dann macht man irgendetwas damit. Das reicht nicht. Danke schön.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eigentlich Ueli Keller widersprechen. Eigentlich war es so, dass wir alle damals einstimmig dem ganzen Projekt zustimmten. Was wir verpasst haben war, dass die Opposition Fehlinformationen herausgab. Die gingen zum Teil raus zu den Leuten und haben sie darüber informiert, dass die Spielplätze wegkommen, dass Bäume gefällt werden, dass Parkplätze wegkommen. All diese Informationen waren Fehlinformationen. Das Projekt war auf der Gemeinde ausgestellt. Auch die Bevölkerung hatte die Möglichkeit, sich zu informieren. Aber wir als Einwohnerrat und Gemeinderat wurden wie Idioten dargestellt. Das ist so. Ja, lieber Ueli, auch ihr von den Grünen habt zugestimmt. Wir alle waren ein Teil davon. Dass man nun sagt, dass die Bevölkerung nicht informiert worden sei, dass wir unseren Job nicht getan hätten, das stimmt nicht ganz. Die Bevölkerung konnte sich auch informieren. Es war ausgestellt. Man hat sich nicht informiert. Die Leute gingen zu den Mamis und sagten, die Spielplätze kommen weg, gingen zu den älteren Leuten und sagten, da könnt ihr nicht mehr fahren, gingen zu den Unternehmern und sagten, all diese Parkplätze kommen weg. Es wurde eine Panik ausgelöst, die Leute wurden fehlinformiert. Wir von allen Fraktionen, allen Parteien, haben unseren Job nicht gemacht. Wir haben die Leute nicht korrekt informiert. Das ist Fakt. Dass man nun sagt, man habe keine Kommunikation mit den Leuten gesucht, ist nicht ganz korrekt. Man hat sie informiert, man hat ausgestellt. Aber die betroffenen Leute hatten zum Teil gar kein Interesse. Man wollte das glauben, was man gehört hatte. Und zwar vom Komitee pro Lindenplatz, oder was war das für ein Komitee? Ah, Lindengrün, Entschuldigung, das bis zu den Wahlen jeden Mittwoch giessen gingen, auch wenn es regnete. Danke.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Man kann verschiedener Meinung sein. Dort Reden und Mitreden usw. gab es genügend Möglichkeiten. Ich glaube, das ist wieder die alte Sache Auffrischen, das bringt rein gar nichts. Ich finde es eher wichtig, dass wir wissen und erfahren, wieso überhaupt das so weit gekommen ist, was der Grund dafür ist, dass die Allschwiler Bevölkerung zu diesem Plan Nein sagte. Ich meine, das ist auch schon der zweite Park, der in ein paar Jahren auf diese Art eigentlich gescheitert ist. Das ist enorm wichtig. Ansonsten ist es ganz einfach, unterdessen werden schon die ersten Gespräche mit der Nein-Seite gesucht. Wenn wir nicht schon eigentlich wissen, wieso das Volk gar nicht wollte, steuern wir wieder in eine falsche Richtung. Von daher, wer weiss, vielleicht kommt nichts Gescheites dabei raus. Aber vielleicht werden wir doch ein wenig klüger aus dem, was passiert ist.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich mache nicht lang. Ich glaube, es steckt bei allen ein wenig Enttäuschung darin, weil wir sieben Jahre lang für etwas eingestanden sind, was uns eigentlich durch eine Petition beauftragt wurde, wie aber auch das REK und das Freiraumkonzept uns verbindlich vorgab, in welche Richtung es gehen sollte. Allschwil hat anders entschieden, das akzeptiert hier, glaube ich, auch jeder. Der Vorstoss, der aus diesen Kreisen, wie ihr sieht, wer unterschrieben hat, sind die Leute, die in dieser Spezialkommission an vorderster Front mitwirkten und eigentlich wirklich Energie, Zeit und Musse seitens des Einwohnerrats hinein steckten, haben sich hier etwas bewegt zum Sagen, wie man das Ganze weiter analysieren könnte. Ich war selbst überrascht, welchen starken Gegenwind ich in meiner eigenen Fraktion erlebt habe. Fast eine Stunde lang haben wir darüber debattiert. Es sind halt viele Emotionen vorhanden und die Enttäuschung ist auch gross. Ich sage aber, es bringt uns nichts, wenn wir den Kopf in den Sand stecken und sagen: wir machen nichts. Es bringt uns aber auch nichts, wenn wir nun mit dem Kopf durch die Wand wollen und irgendwas umkrempeln. Der gesunde Menschenverstand, das ist auch eine richtige Würdigung in der Demut, dass der Einwohnerrat mit dem Gemeinderat wirklich eine Niederlage erlebt hat, ist eigentlich, das Ganze einmal analysieren. Ich hörte bis jetzt nur zwei Argumente. Mike Shiva, d.h. ich weiss eh schon, was es ist. Ich weiss es nicht, ich kenne die Gründe nicht. Ich kenne Argumente, die die Pro-Seite brachte, ich kenne Argumente, die die Gegenseite brachte. Das Spannende ist durch so eine Nachbefragung zu wissen, ob gewisse uns bekannte Argumente exponentiell stark heraustreten oder nicht. Das andere Argument, das ich gehört habe, ist, dass vielleicht der Weg falsch ist. Aber ich höre auch keinen Widerspruch, oder. D.h. der Gemeinderat hat nun bereits einen Schritt getan mit diesem Komitee, wobei ich es ein bisschen schade finde, Mehmet, dass du dieses so deformierst. Ich muss sagen, ich ging nach diesen Wahlen vielleicht als einziger Einwohnerrat direkt vom Wahlbüro zusammen mit Basil auf den Lindenplatz, und wir haben den Damen und Herren zu ihrem Erfolg gratuliert, auch jenen vom City-Komitee. Ich finde, die haben auch Respekt verdient. Sie zeigten sicher auch sehr viel Engagement. Wie wir feststellen, zeigte es auch Wirkung. Worauf ich hinaus will, um noch

einmal zurückzukommen, ist: Wenn wir nun diesen Weg mehrheitlich unterstützen, vielleicht auch mit Grummeln und Murmeln, verschliesst das ja nicht den Weg, den du, Ueli, gesagt hast, dass der Gemeinderat noch parallel natürlich auch andere Optionen unternehmen kann oder soll. Wir sagen auch, in der Kompetenz des Gemeinderats soll er dies jetzt machen. Vielleicht noch zu den ganzen Nachwahlanalysen: Wie ihr wisst, telefoniere ich auch gerne und ich gebe nicht einfach Sachen ein. Ich hatte mit einem Forschungsinstitutsleiter ein 20minütiges Gespräch. Ich habe ihm das Ganze geschildert und gefragt, bekannt? Ja, bekannt. An diesem Sonntag haben schon ungefähr drei Gemeinden angefragt, um vor allem Bauprojekte - das ist der Klassiker - die sich auch entschieden haben, das Ganze, an dem auch eine übergrosse Mehrheit von politischer Seite hatten, entschieden haben, wir machen das. Denn, nun kann ich wirklich sagen, ich vertrete wenig, ich glaube wir hier alle auch, alle 5'000 Personen gingen abstimmen, wer weiss, was sie getan haben. Das ist eine schweigende Mehrheit. Diese hatte tatsächlich gesagt, wo es durch geht und was sie wollen. Ich finde, die schweigende Mehrheit muss man auch respektieren. Wenn wir einfach sagen, Partizipation, dann kommen einfach die Leute, die wollen. Aber es sind durch diese Selbstselektion nicht jene Leute, die diesen Entscheid wirklich getroffen haben. Deshalb konnten wir auch da mit einer Stichprobe, mit einer fundierten Differenzstatistik wirklich etwas rausholen. Vor allem auch einen Mehrwert. Es geht nicht nur um den Lindenplatz, geschätzte Damen und Herren, wir wissen, es ist nicht das einzige Bauprojekt, Heimatmuseum ist das nächste, die Umgestaltung, respektiv der Umbau oder die Erneuerung des Jugendfreizeithaus. Bald haben wir das Bettenackerareal, das man gestalten soll. Dann noch in nächster Zeit ein Dorfplatz. Wir sind die ganze Zeit am Bauen. Ich glaube, aus diesen Erfahrungen, die wir gewinnen können, ist das auch eine Erfahrung für den Einwohnerrat für die nächsten Bauprojekte. Deshalb denke ich auch, haben wir diese Mehrheit erhalten, innerhalb von diesen Fraktionen, die diesen Weg unterstützen und dem Gemeinderat doch gerne in Auftrag geben möchte. Deshalb machen wir doch bitte diese Analyse. Aufgrund dieser können wir dann weitere Entscheide für die Zukunft fällen. Besten Dank.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich masse mir nicht an, genau zu wissen, wieso es abgelehnt wurde. Aber ich glaube, eine Überlegung muss man bei jedem ähnlichen Projekt anstellen. Wenn man für ein bestimmtes Quartier etwas macht und es dort dermassen aneckt, dass es umstritten ist und Referendumsunterschriften gesammelt werden, dann geben am Schluss nicht jene den Ausschlag, die sich wirklich mit dem Projekt befassen, weil sie betroffen sind, weil sie diesen Platz nutzen. Sondern, in einer so grossen Gemeinde wie bei uns, geben jene den Ausschlag, die sich fragen, wieso soll man so viel Geld ausgeben, für etwas, wovon wir nicht wissen, ob sie, denen es zugute kommen soll, es denn eigentlich wollen. Das ist das Grundproblem. Das müssen wir einfach im Auge behalten. Man könnte das tollste Projekt mit Partizipation und mit was weiss ich machen. Wenn am Schluss irgendeine Gruppe dermassen unzufrieden ist, dass sie sich organisiert, passiert wieder dasselbe. Es kommt gar nicht darauf an, ob das im Quartier eine Mehrheit hat, das findet man nie heraus. Man kann auch nicht sagen, wer eigentlich die Betroffenen sind. Was der Kreis der Betroffenen ist, kann auch niemand sagen, das ist eine unscharfe Gruppe. Genau dasselbe kann mit einem anderen Projekt, das die Zustimmung der Gruppierung Lindengrün findet, wieder passieren. Aus Dilemma müssen wir auf eine andere Art herauskommen. Wir können nicht wieder auf dieselbe Art ein Projekt lancieren, welches am Schluss in einer Referendumsabstimmung endet. Danke schön.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich habe ansonsten viel Geduld, aber irgendwie habe ich sie heute nicht. Ich finde es anmassend, dass viele Leute hier sagen, man wisse ja nicht genau, was es ist, aber ... Und dann kommt die Hypothese. Diese Hypothese wird dargestellt als „Ich weiss es ja.“ Wir müssen nicht extra nachschauen. Wenn man dann nachschaut sagt man: „Hat ja sowieso keinen Wert, wir wissen sowieso nicht, was wir damit machen wollen.“ Wenn man so wirtschaftet, dann frage ich mich, was soll das Ganze überhaupt, wenn man plant. Vor jeder Planung sagt man dann genau dasselbe, wir wissen sowieso nicht, wie es rauskommt, wir brauchen gar nicht zu planen, das Haus steht dann schon irgendwie, jeder Stein kommt auf den nächsten. Die Verfahren haben einen bestimmten Zweck, man hat eine Hypothese, man macht eine Stichprobe, man überprüft, stimmt das einigermassen. Wenn das Resultat so ist, dass man sieht, ja die meisten lehnen wegen des Geldes ab, dann ist die Hypothese, dass das von den weiter entfernten Einwohner*innen abgelehnt wird, allein nur wegen des Geldbetrags, gestützt. Wenn das nicht so herauskommt, dann weiss man, dass man in dieser Kategorie nicht auf diese Weise denken kann. Nun, jeder, der sagt, er wisse das Resultat schon im Voraus, ist besser als jeder andere Wissenschaftler. Soweit ich weiss, haben die Wissenschaftler in der Regel bewiesen, dass sie ein wenig besser sind als jene, die aus dem Bauch heraus schätzen. Ich bitte euch also, macht diesen Versuch mal, lasst euch vom Resultat überraschen. Selbst wenn das Resultat zeigt, alle Gründe sind gleichermassen gestreut, dann wissen wir etwas, alle Gründe sind gleichermassen gestreut. Da ist nicht einer, der herausragt. Also bitte. Ich fände es eine sehr gute Sache, wenn ihr der Wissenschaft einmal etwas mehr traut als eurem Bauch. Danke.

Christian Kellermann, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit auch alles ordentlich zusammengefasst werden kann, werden wir über die Überweisung der Motion abstimmen. Wer der zustimmen möchte, soll dies nun mit Karte bezeugen.

://:

Die Motion ist mit 28 Ja, 7 Nein und 1 Enthaltung überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 18.8.2020, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, betreffend Quartierplanung ALBA, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4525 / A

Christian Kellermann, Präsident: Ich weise darauf hin, dass dies die 1. Lesung ist und frage den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Es wird zuerst der Einwohnerratsbericht und das Quartierplanreglement sowie der Quartierplan behandelt. Zu den Ausführungen gebe ich nun zuerst das Wort an KBU-Präsident Andreas Bärtsch. Bitte.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Ratsmitgliederinnen [Gemurmel, Gelächter]. An der Ecke Hegeheimermattweg/Lachenstrasse sollen zwei neue Gebäude entstehen. Es ist ein 20 und ein 40m-Gebäude geplant. Der Bauperimeter wurde in der Studie für die Höhenentwicklung im linksufrigen Bachgrabengebiet als mögliches Areal ausgewiesen, wo man höher bauen kann. Weil, wenn man in diesem Bereich ein höheres Gebäude baut, entsteht ein Eingangsportal, das den Ortseingang von Allschwil stärkt. Aktuell gilt auf diesem Areal noch eine Höhe von 20 m. Es ist eine Gewerbezone mit G20B. Das grössere Gebäude, welches auf 40 m erhöht werden soll, ist bereits im Bau. Der Quartierplan wurde vom Architekturbüro Herzog & De Meuron entwickelt und durch die Arealbaukommission des Kantons Basel-Landschaft überprüft. Es wurden die folgenden Projektziele angestrebt: Verdichtung von bereits genutzten Arbeitsflächen, Siedlungsentwicklung nach innen mit Erhöhung der Beschäftigungsdichte, Verdichten und Nachverdichten von Siedlungsflächen im Bereich von guter öV-Erschliessung. Diese Ziele entsprechen auch den übergeordneten Zielen des kantonalen Richtplans. Die Kommission Bau und Umwelt hat den Quartierplan in zwei Sitzungen beraten und konnte sich auf die fundierten Ausführungen von Didier Doggé und Jürgen Johner und Gemeinderat Christoph Morat abstützen. An dieser Stelle herzlichen Dank für eure Bereitschaft, zu uns in die Kommission zu kommen.

Sichtweise der Kommission: Die Kommission findet die Gebäudesetzung richtig. Die Verdoppelung der Gebäudehöhe, ich habe es eingangs schon erwähnt, erzeugt einen Hochpunkt, der den Eingang zum neuen Quartier und zur Gemeinde hervorhebt. Die Kommission vertritt die Meinung, dass das Flachdach für die Gebäude gegeben sein sollte und empfiehlt, das Quartierplanreglement dahingehend zu präzisieren. Die Kommission kann auch den Einwänden der Arealbaukommission folgen, die bemängelte, dass dem Schutz der fehlenden Beleuchtung für die innen liegenden Grünräume zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Deshalb schlägt die Kommission Bau und Umwelt vor, die möglichen Verbindungsbauten auf eine maximale Gesamttiefe von 13 m zu reduzieren. Im Quartierplan beträgt sie im Moment 26 m. Die Kommission ist der Meinung, dass durch diese Massnahme die Beleuchtung des Zwischenraums und auch die Entwicklung der Vegetation in diesem Zwischenraum massgeblich verbessert werden. Für das Bauvorhaben im Baubereich A, das ist der 40m-Bau, sind aktuell keine zusätzlichen Parkplätze nötig. Diese sind bereits im zentralen Parkhaus Baselink erstellt. Wenn im Baubereich B weitergebaut werden soll, müssen dort nach den heutigen Randbedingungen, zusätzliche Parkplätze erstellt werden. Der Quartierplanersteller möchte das verhindern und vermeiden und machte deshalb einen Vorstoss, um die Reduktionsfaktoren mit einem neuen Umweltverträglichkeitsbericht noch tiefer zu nehmen und so keine zusätzlichen Parkplätze im nächsten Bauabschnitt bauen zu müssen. Die Kommission gibt zu bedenken, dass die Reduktion der Parkplätze nur im Verhältnis mit der Reduktion des MIV und einem funktionierenden Mobilitätskonzept erfolgen kann, damit der öV nicht zusätzlich mit Park- und Suchverkehr belastet wird. Die Kommission begrüsst das Mobilitätskonzept, das den Schwerpunkt auf die Nutzung des öV setzt, sowie den Langsamverkehr fördert, dies mit flankierenden Massnahmen attraktiv macht. Wie man im Verkehrsgutachten nachlesen konnte, wurde mit einer vereinfachten Verkehrssimulation für den Quartierplan Alba ein MIV am Modalsplit von 19 % errechnet. Deshalb wird mit einer Mehrheit in der Kommission die Meinung vertreten, dass diese 39 %, die jetzt im

Quartierplan festgehalten sind, zu hoch sind und der MIV-Anteil am Modalsplit des QP Alba auf \leq [kleiner oder gleich] 30 % festgelegt werden soll. Dies verbindlich im Quartierplan festgeschrieben werden soll. Mögliche Kontrolltätigkeiten oder auch die Überprüfung von Parameter durch die Gemeinde im Quartierplanareal, haben wir in der Kommission vertieft diskutiert. Aber dies wurde von der Kommission abgelehnt. Ebenso wurden die Sanktionsmassnahmen bei nicht Erreichen der Zielwerte des MIV im Quartierplanreglement abgelehnt, dies jedoch lediglich knapp durch den Stichtscheid des Präsidenten.

Das Aussenraumkonzept wird im Wesentlichen durch den Masterplan des Baselink-Areals vorgegeben. Die Kommission begrüsst dieses Konzept und legt Wert darauf, dass die Artenvielfalt im neuen Grünraum gegeben ist. Sie schlägt daher auch hier vor, Paragraphen im Quartierplanreglement entsprechend zu präzisieren. Der Quartierplanvertrag hat die Kommission zur Kenntnis genommen und begrüsst, oder hält freudig fest, dass die Gemeinde aushandeln konnte, damit in der Sockelnutzung auf einer Fläche von 500 m² im Erdgeschoss / 1. Obergeschoss für eine gewisse Zeit ein reduzierter Mietzins gilt, damit man unterschiedliche Gewerbe anlocken kann. Wie die Kommission dies forderte, wurde eine überarbeitete Version der öffentlichen Urkunde aufgelegt, worin die Referenzwerte, die bei der Behandlung durch die Kommission noch nicht vorhanden waren, abgebildet sind. Herzlichen Dank an den Gemeinderat, dass das noch funktioniert hat. Die Anträge der KBU werde ich dann im Rahmen der Lesung einbringen. Merci.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank, Andreas Bärtsch. Somit hat nun Gemeinderat Christoph Morat das Wort.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Angesichts der vorgerückten Stunde, und damit Sie heute nicht schon wieder Überstunden machen müssen, versuche ich mich in der 1. Lesung kurz zu halten. Der Quartierplan gleicht teilweise dem vorhergehenden der Idorsia. Und zwar geht es auch, wie wir gesehen haben, um eine Mehrhöhe von 20 m, d.h. eine Verdoppelung der bisherigen Bauhöhe. Es sind auch gewisse Ähnlichkeiten vorhanden. Es sind dieselben Architekten, die Idorsia planen und nun den IP-Bachgrabenbau Alba - ich nehme mal an Alba heisst „Allschwil Bachgraben“ - bzw. diesen Gebäudekomplex in die Höhe ziehen. Es gibt aber auch einige Differenzen zu Idorsia. Bei Idorsia ist das Ganze doch sehr homogen und hier können wir nicht nachweisen, dass auch so eine gewisse Homogenität entsteht. Das Ziel dieses Baus Alba wird die Förderung für KMU sein. D.h. es werden dort viele verschiedene Firmen einziehen. Es wird nicht eine Firma da sein, die tatsächlich die Gesamtverantwortung über z.B. die ganze Benutzung von Strassenverkehr, resp. vom Mobilitätskonzept haben wird. Weiter ist es so, dass der Gemeinderat sich tatsächlich sehr viel Mühe gab, damit man im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss gewisse KMU-Nutzungen zu Vorzugskonditionen hat, und zwar während 20 Jahren. Das konnten wir in einer konstruktiven Verhandlungsrunde mit den Betreibern aushandeln. Es geht hier um einen Ort, an dem sehr viele KMU Platz finden werden, die sich in Allschwil ansiedeln. Dadurch wird das Ganze auch ein wenig heterogener in der Zusammensetzung. Das macht es dann wahrscheinlich wiederum schwierig, wenn wir die Diskussion über den Modalsplit führen, wie man es garantieren und es handhaben kann, so, dass die Mieterinnen und Mieter auch tatsächlich davon profitieren können, resp. nicht Mehrverkehr produzieren.

Genau, über die Ökologie hat Andreas schon gesprochen, das können wir auslassen. Wie gesagt, diese Punkte wurden bis zuletzt hart verhandelt. Wir mussten dadurch auch den Infrastrukturbeitrag von 350'000 Franken auf noch 125'000 Franken herunterschrauben. D.h. wir verdienen dadurch nicht so viel Geld, resp. der Gemeinderat ist der Meinung, wir investieren dieses Geld, das wir eigentlich zugute hätten, lieber in eine gute, nachhaltige Lösung, bei der sich die KMU mit einem relativ günstigen Mietzins für die nächsten 20 Jahre eine Existenz aufbauen können. Genau. Das reicht.

Nur noch etwas zum Modalsplit. Das Modalsplit richtet sich u.a. auch nach dem Masterplan Baselink. Im Baselink-Areal ist es so, dass im Masterplan vorgeschrieben ist, dass eigentlich im Grunde genommen keine Parkplätze in den einzelnen Gebäuden gebaut werden dürfen, sondern dass die zwei Parkhäuser mit total etwas über 1'100 Parkplätze für alle 16 Parzellen ausreichen müssen. Dies wird einfach nach Anteil auf die einzelnen Baurechtsparzellen verteilt. Was auch dazu kommt, sind die zwei Privatparzellen, worüber wir jetzt sprechen. Die liegen auch innerhalb dieses Masterplans. Es sind nachhaltige, langfristige Verpflichtungen, auf welche die Grundeigentümer zusammen mit dem Bürgerspital eingegangen sind. Aus diesem Grund kann man auch die ganze Mobilität nicht so einfach anschauen. Es gibt auch Unterschiede. Wenn Sie sich die Mühe gemacht haben, dieses Mobilitätskonzept auch von diesem Quartierplan genau zu studieren, dann stellen Sie diese Unterschiede schon fest. Ich muss einfach sagen. Die hier festgeschriebenen oder von den Verkehrsplanern ermittelten 19 % oder etwas unter 20 % können natürlich nur mit X verschiedenen Massnahmen erreicht werden und ganz sicher auch nicht von heute auf morgen. Der Antrag der KBU lautet ja 30 %. Wenn Sie im Mobilitätskonzept nachgeschaut haben, da steht 39 % im grauen Kästli, die wahrscheinlich erreichbar und realistisch sind. Das ist vielleicht nur ein Unterschied von 9 %, aber wichtig ist, 39 % können mit den Massnahmen im Jahr 2024 erreicht werden, also bereits in vier Jahren. Der KBU-Vorschlag hat meiner Meinung nach, wenn ich ihn noch richtig im Kopf habe, keine Laufzeit. D.h. es müsste von Anfang an mit 30 % MIV

gestartet werden. Der Gemeinderat findet das nicht unbedingt die besten Startmöglichkeiten. Deshalb werden wir vor der 2. Lesung ganz bestimmt noch darüber beraten und Ihnen zu den Anträgen der KBU auch eine Stellungnahme zukommen lassen. Gesamthaft bitte ich Sie aber, den Anträgen des Gemeinderats, dann nach gewalteter Diskussion und nach der 2. Lesung zuzustimmen.

Christian Kellermann, Präsident: Herzlichen Dank. Bevor wir zur allgemeinen Beratung kommen, noch einen Hinweis zum Ablauf. Der ist, wenn gewünscht abschnittsweise Beratung des Berichts, anschliessend abschnittsweise Beratung des Reglements und zuletzt die Beratung des Quartierplans vorgesehen. Wer konkrete Fragen zum Quartierplan hat, dem möchte ich beliebt machen, dass er ablaufgerecht dann, wenn wir zum Punkt im Quartierplan separat kommen, diese Fragen stellt. Somit ist nach meinen Ausführungen die allgemeine Beratung eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe für unsere Fraktion zuerst wieder eine grundsätzliche Bemerkung. Es ist so, dass ich mir da ersparen kann, was ich schon bei Idorsia gesagt habe zum Bachgrabengebiet. Eigentlich ist die Ausgangslage oder die Perspektive im Alba-Teil in etwa grundsätzlich ähnlich. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied, wirklich einen ganz wesentlichen Unterschied. Denn Alba ist umfassender und viel weit reichender als Idorsia. Speziell wurde ich nun auch durch Gemeinderat Christoph Morat auf den Teil aufmerksam gemacht, dass es viele verschiedene Firmen geben wird. Dies stellt noch einmal speziellere Ansprüche. Bei Alba möchte unsere Fraktion insgesamt, also nicht in den Details, aber insgesamt erreichen, dass es eine Etappierung gibt. So dass eine schrittweise Entwicklung möglich ist. D.h. konkret: In einem ersten Schritt soll ein Quartierplan erlassen werden, der das Bauen und Ausbauen im bestehenden Zonenreglement möglich macht. Also deutlich gesprochen: keine Ausbauten von 20 auf 40 Meter. In einem zweiten Schritt sollen dann - ich mache es kurz, nur grob - Aufstockungen möglich gemacht werden. Sagen wir beispielsweise in zehn Jahren, wenn dann sich von der Wirtschaft und den Betrieben in der Region immer noch wirklicher Bedarf daran zeigt. Wir haben heute schon gehört, Roche macht einen dritten Turm. Dort wird nicht niemand arbeiten, den machen sie nicht einfach so. Wenn also immer noch Bedarf besteht, kann man dann in einem zweiten Schritt einen zweiten Zonenplan für dieses Alba-Gebiet machen. In diesem man dann auch prüfen kann, ob die Verkehrssituation, wenn sie sich dann konkretisiert, es überhaupt zulässt. Ist es überhaupt noch möglich? Das ist die Grundsituation, die wir schon vor der 1. Lesung transparent machen wollen. Sie wird bestehen bleiben bis zur 2. Lesung. Nun kann man von mir aus gerne über Details sprechen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Also, das ist nun die grösste oder zweitgrösste Nebelpetarde, die ich je im Einwohnerrat gehört habe. Seid doch so ehrlich und stellt den Antrag auf Rückweisung. Dann stimmt der Einwohnerrat über eine Rückweisungsantrag der Grünen/GLP/EVP ab. Und zuerst wird der normale Zonenplan gebaut und danach schaut man, ob man aufstocken kann. Wenn das der Grund ist, dann machen wir es doch so. Aber solche Nebelpetarden, das haben wir hier doch nicht nötig. Unter dem Motto: Jo wir können uns schon vorstellen, dass etwas kommt, aber baut doch zuerst einmal zonenkonform. Es liegt ein Antrag vor. Es stimmen alle Parameter. Eine Arealbaukommission hat zugestimmt. Die KBU hat zugestimmt. Stellt die richtigen Anträge! Aber das, was nun hier als Argumentation kam von „Ja wir wollen dann in 10 Jahren schauen, ob es das noch braucht oder ob es das nicht braucht.“. Es wurde heute Abend schon einmal gesagt, dass sich vielleicht Fachleute damit auseinandergesetzt haben. Mir ist in den Verhandlungen mit der IP-Bachgraben AG eines ganz sicher aufgefallen: das sind Fachleute, die wissen, wovon sie sprechen. Die haben eine Vision und haben eine Zukunft für dieses Projekt mit 40 m und mit 20 m nachher nebenan. Nun geht es darum, dass man zuerst die 40 m, das ist schlussendlich städtebaulich für Allschwil nicht ganz uninteressant, das hat Andreas Bärtsch zuvor auch kurz, zumindest zwischen den Zeilen erwähnt, realisiert oder ob man es nicht realisiert. Selbstverständlich dürft ihr einen Antrag stellen, dann soll der Einwohnerrat darüber abstimmen. Dann sind aber die Visiere offen.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Herr Präsident. Ich möchte vielleicht auch noch etwas dazu sagen. Also eine Etappierung ist eigentlich bereits gegeben. Wenn man die Pläne richtig anschaut, sieht man, dass es eine Etappierung gibt. Es sind jetzt, nach heutigem Zonenreglement, zwei 20m-Bauten möglich. Der Quartierplanersteller möchte nun einen 40m-Bau machen. Das habe ich auch schon erwähnt, dass sie damit bereits im Bau sind. Während des Baus möchten sie den Prozess durchführen, den Quartierplan bekommen und dann auf 40 m bauen. Ich glaube nicht, dass der Quartierplanersteller, falls der Markt es nicht hergibt, oder wenn er merkt, dass der Standort nicht optimal ist, dann im Baubereich B von sich aus oder aus freien Stücken noch ein 20m-Gebäude hinstellt. Das glaube ich nicht, dass er das tun wird. Deshalb ist die Etappierung eigentlich gegeben. Nun einfach dem Quartierplanersteller irgendeine unrealistische Forderung auf das Auge zu drücken, zuerst ein 20m-Gebäude bauen und dann in 10 Jahren kann er noch einmal 20 m aufstocken, wenn wir es für richtig halten, finde ich ist mehr als falsch.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzliche, abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur 1. Lesung des Quartierplanreglements. Die zweite Vizepräsidentin, Simone Meier, führt uns paragrafenweise durch.

Erläss Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung Seite 1

keine Wortmeldungen

§ 2 Art und Mass der baulichen Nutzung Seite 1

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank. Dazu möchte die Kommission Bau und Umwelt denselben Antrag stellen wie bei Idorsia, dass Abs. 7 angepasst wird: „Mindestens 80 % des Wärmeenergiebedarfs Heizung und Warmwasser sind durch erneuerbare, CO₂-neutrale Energieträger zu erbringen, anzustreben sind 100 %.“

§ 3 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten Seite 3

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Ja, herzlichen Dank. Die Kommission Bau und Umwelt möchte, wie schon in meinen Erläuterungen erwähnt, in Abs. 1 „die Tiefe von maximal 26 m“ ändern in „maximal 13 m“.

Auch haben wir noch eine Änderung betreffend Flachdach. Das ist im Prinzip analog Quartierplan Idorsia: „Für die Dachform der Hauptbauten ist grundsätzlich das Flachdach zu wählen.“

§ 4 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes Seite 4

Mark Aellen, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion stellt den Antrag, bei Abs. 6, Pflanzung von den kleinkronigen Bäumen, zu ersetzen durch „grosskronigen“. Denn die Begrünung soll ja eigentlich ökologisch wertvoll sein und nicht nur hübsch aussehen.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Merci. Auch hier möchte die KBU analog zu Idorsia Abs. 1 anpassen: „Die Umgebungsgestaltung hat ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Die Bepflanzung muss artenreich und mit einheimischen und standortgerechten Arten erfolgen. Anpflanzungen mit Arten, die zu den invasiven Neophyten gezählt werden, sind nicht zulässig.“

§ 5 Erschliessung und Parkierung Seite 5

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Abs. 2, das habe ich auch bereits erwähnt, möchten wir, dass er wie folgt angepasst wird: „Die Umsetzung der Massnahmen gemäss dem verbindlichen Mobilitätskonzept ist auf Stufe Baugesuch nachzuweisen. Der MIV-Modalsplit-Anteil für das Gebiet IP-Bachgraben darf maximal 30 % betragen.“

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich möchte an dieser Stelle auch noch zwei Anträge einreichen, die zwar ähnlich wie die vorigen sind, aber in deutlich abgeschwächter Form. Ein Antrag betrifft wiederum die Einsicht in Daten. Es ist in der Schweiz so, dass man z.B. auch die Steuererklärung selbst ausfüllt und einreicht. Nichtsdestotrotz hat die Steuerbehörde dann die Kontrollfunktion, kann zusätzliche Daten einfordern und kann auch irgendwelche Prüfungen vornehmen, wenn das nötig ist. Das muss aber nicht sein, es geht beim Antrag nur darum, dass der Gemeinderat das Recht dazu hat, und diesmal aber auch ohne, dass die Firma es bezahlen muss. Sondern es geht einfach darum, dass er das machen kann. Er kann es auch beauftragen, wenn er selbst kein Personal dafür hat. Oder er kann entscheiden, er macht es nicht, wenn kein Personal vorhanden ist. Aber er hat die Möglichkeit, wenn er möchte, es in den nächsten 60, 80 Jahren zu

überprüfen. Daher lautet der Antrag: „Der Gemeinderat erhält das Recht, die Details der Monitoring Berechnungen einzusehen. Ausserdem erhält er das Recht, eigene Messungen oder Befragungen auf dem Quartierplanareal vorzunehmen.“

Ein zweiter Antrag betrifft Sanktionen. Denn auch in dieser Hinsicht ist sehr vieles unverbindlich und frei. Auch hier ist nicht klar, wem wird das Gebäude in 10 Jahren gehören. Der Vorschlag, oder Antrag ist: „Bei mehrfachem Überschreiten des Zielwertes kann der Gemeinderat Massnahmen aus dem Mobilitätskonzept verfügen.“ Damit möchte man erreichen, dass, wenn sie zu wenig dafür tun und einfach die Hände hochstrecken, es möglich ist zu sagen, okay, nun das macht ihr aber bitte. Danke schön.

§ 6 Gefahrenzone Seite 6

keine Wortmeldung

§ 7 Abweichungen und Ausnahmen Seite 7

keine Wortmeldung

§ 8 Schlussbestimmungen Seite 8

keine Wortmeldung

Beschlüsse Seite 9

keine Wortmeldung

Quartierplan

keine Wortmeldung

Christian Kellermann, Präsident: Wenn es keine weitere Wortmeldung zum Quartierplan gibt, stelle ich fest, dass die 1. Lesung abgeschlossen ist. Die Abstimmung über Anträge des Gemeinderates sowie der Kommissionen und die verschiedenen Anträge der Parteien gemäss den Berichten erfolgen im Anschluss an die 2. Lesung an der November-Sitzung.

Somit wären wir am Schluss der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich fürs Mitmachen und bin auch ganz froh, dass das nun auch mit der Mikrofonanlage sehr gut funktioniert hat. Vielen herzlichen Dank an jene, die sich sehr darum bemüht haben, damit das funktionierte. Besten Dank und nun wünsche ich euch allen einen schönen Abend und eine gute Zeit. Adieu miteinander.

ENDE DER SITZUNG 21.10 UHR